

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1991

Ausgegeben am 23. Jänner 1991

14. Stück

33. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit
samt Schlußprotokoll
(NR: GP XVII RV 1182 VV S. 136. BR: AB 3842 S. 528.)
34. Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der
Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit

33.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages samt Schlußprotokoll wird genehmigt.

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTER- REICH UND DER TUNESISCHEN REPUBLIK ÜBER SOZIALE SICHER- HEIT

Der Bundespräsident der Republik Österreich
und

der Präsident der Tunesischen Republik,

von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiete der Sozialen Sicherheit zu regeln, sind übereingekommen, ein Abkommen zu schließen, und haben hiefür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

der Bundespräsident der Republik Österreich
Herrn Dr. Alois Mock, Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten,

der Präsident der Tunesischen Republik

Herrn Abdelhamid Escheikh, Minister für auswärtige Angelegenheiten,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart haben:

ABSCHNITT I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Österreich“
die Republik Österreich,
„Tunesien“
die Tunesische Republik;

2. „Gebiet“
in bezug auf Österreich
dessen Bundesgebiet,
in bezug auf Tunesien
das Hoheitsgebiet der Tunesischen Republik;
3. „Staatsangehöriger“
in bezug auf Österreich
dessen Staatsbürger,
in bezug auf Tunesien
eine Person tunesischer Staatsangehörigkeit im Sinne des tunesischen Staatsangehörigkeitsgesetzes;
4. „Rechtsvorschriften“
die Gesetze, Verordnungen und Satzungen, die sich auf die im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen;
5. „zuständige Behörde“
in bezug auf Österreich
die Bundesminister, die mit der Anwendung der im Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 1 bezeichneten Rechtsvorschriften betraut sind,
in bezug auf Tunesien
den Minister für soziale Angelegenheiten;
6. „Träger“
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
7. „zuständiger Träger“
den Träger, bei dem die betreffende Person im Zeitpunkt des Antrages auf Leistung versichert ist oder gegen den sie einen Anspruch auf Leistungen hat oder noch hätte, wenn sie sich im Gebiet des Vertragsstaates, in dem sie zuletzt versichert war, aufhalten würde;
8. „Familienangehöriger“
einen Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem der

Träger, zu dessen Lasten die Leistungen zu gewähren sind, seinen Sitz hat;

9. „Geldleistung“, „Rente“ oder „Pension“ eine Geldleistung, Rente oder Pension einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge, Zulagen sowie Kapitalabfindungen und Zahlungen, die als Beitragserstattungen geleistet werden;
10. „Familienbeihilfen“ in bezug auf Österreich die Familienbeihilfe, in bezug auf Tunesien die Familienbeihilfe.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den betreffenden Rechtsvorschriften zukommt.

Artikel 2

- (1) Dieses Abkommen bezieht sich
1. auf die österreichischen Rechtsvorschriften über
 - a) die Krankenversicherung,
 - b) die Unfallversicherung,
 - c) die Pensionsversicherung,
 - d) die Familienbeihilfe;
 2. auf die tunesischen Rechtsvorschriften über
 - a) die Kranken-, Mutterschafts- und Sterbegeldversicherung,
 - b) die Arbeitsunfall- und Berufskrankheitenversicherung,
 - c) die Pensionsversicherung,
 - d) die Familienbeihilfe.

(2) Dieses Abkommen bezieht sich nicht auf Rechtsvorschriften über einen neuen Zweig der Sozialen Sicherheit und nicht auf Systeme für Opfer des Krieges und seiner Folgen; es bezieht sich ferner nicht

in bezug auf Österreich
auf die Rechtsvorschriften über die Notarversicherung,

in bezug auf Tunesien
auf die Rechtsvorschriften über die im öffentlichen Dienst Beschäftigten.

(3) Rechtsvorschriften, die sich aus zwischenstaatlichen Verträgen mit dritten Staaten ergeben oder zu deren Ausführung dienen, sind, soweit sie nicht Versicherungslastregelungen enthalten, im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten nicht zu berücksichtigen.

Artikel 3

(1) Dieses Abkommen gilt, soweit es nichts anderes bestimmt, für die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten sowie für ihre Familienangehörigen und andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaates ableiten.

(2) Dieses Abkommen ist auf Diplomaten und Berufskonsuln und auf das Verwaltungs- und technische Personal der von Diplomaten und Berufskonsuln geleiteten Vertretungsbehörden der Vertragsstaaten sowie auf Mitglieder des dienstlichen Hauspersonals dieser Vertretungsbehörden und auf die ausschließlich bei Diplomaten, Berufskonsuln und Mitgliedern der von Berufskonsuln geleiteten Vertretungsbehörden beschäftigten privaten Hausangestellten, deren rechtliche Stellung durch das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 *) oder das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24. April 1963 **) geregelt ist, nicht anzuwenden.

Artikel 4

Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dessen Staatsangehörigen die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates gleich.

Artikel 5

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, werden die Geldleistungen bei Invalidität, Alter oder an Hinterbliebene, die Renten bei Arbeitsunfall oder Berufskrankheit und die Sterbegelder, auf die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch besteht, nicht deshalb gekürzt, geändert, zum Ruhen gebracht, entzogen oder beschlagnahmt, weil sich der Berechtigte im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält.

ABSCHNITT II

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ANZUWENDENDEN RECHTSVORSCHRIFTEN

Artikel 6

Die Versicherungspflicht einer erwerbstätigen Person richtet sich, sofern Artikel 7 nichts anderes bestimmt, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dies gilt bei Ausübung einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit auch dann, wenn sich der Sitz des Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

Artikel 7

(1) Wird ein Dienstnehmer von einem Unternehmen mit Sitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind bis zum Ende des 24. Kalendermonates nach dieser Entsendung die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 66/1966

**) Kundgemacht in BGBl. Nr. 318/1969

(2) Wird ein Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden.

(3) Die Besatzung eines Seeschiffes sowie andere nicht nur vorübergehend auf einem Seeschiff beschäftigte Personen unterliegen den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

(4) Wird ein öffentlich-rechtlich Bediensteter oder ein ihm nach den Vorschriften des in Betracht kommenden Vertragsstaates Gleichgestellter in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, bei dessen Verwaltung er beschäftigt ist.

Artikel 8

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Dienstnehmers und seines Dienstgebers können die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten einvernehmlich Ausnahmen von den Artikeln 6 und 7 vereinbaren, wobei auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen ist.

(2) Gelten für einen Dienstnehmer nach Absatz 1 die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates, obwohl er die Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausübt, so sind die Rechtsvorschriften so anzuwenden, als ob er diese Beschäftigung im Gebiet des ersten Vertragsstaates ausüben würde.

ABSCHNITT III

BESONDERE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1

Krankheit und Mutterschaft

Artikel 9

(1) Wohnt ein nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zum Bezug von Pensionen Berechtigter im Gebiet eines Vertragsstaates, so werden ihm und seinen Familienangehörigen Sachleistungen von dem Träger seines Wohnortes gewährt, als ob er zum Bezug einer Pension lediglich auf Grund der Rechtsvorschriften des Vertragsstaates berechtigt wäre, in dem er wohnt. Diese Leistungen gehen zu Lasten des Trägers des Vertragsstaates, in dem der Berechtigte wohnt.

(2) Wohnt ein nach den Rechtsvorschriften nur eines Vertragsstaates zum Bezug einer Pension Berechtigter im Gebiet des anderen Vertragsstaates, so werden ihm und seinen Familienangehörigen Sachleistungen von dem Träger seines Wohnortes gewährt, als ob er zum Bezug einer Pension nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates berech-

tigt wäre, in dem er wohnt. Diese Leistungen gehen zu Lasten des zuständigen Trägers des Vertragsstaates, in dem der zur Pensionszahlung verpflichtete Träger seinen Sitz hat.

Artikel 10

Die nach Artikel 9 Absatz 2 in Betracht kommenden Sachleistungen werden gewährt

in Österreich

von der für den Wohnort der betreffenden Person zuständigen Gebietskrankenkasse,

in Tunesien

von der Staatlichen Kasse für Soziale Sicherheit.

Artikel 11

(1) Bei Sachleistungen, die nach Artikel 9 Absatz 2 gewährt werden, hat der zuständige Träger den Betrag dieser Leistung zu erstatten.

(2) Die zuständigen Behörden können nach Anhörung der beteiligten Träger zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, daß anstelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.

Kapitel 2

Berufskrankheiten

Artikel 12

(1) Wäre eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu entschädigen, so sind Leistungen nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die geeignet ist, eine solche Berufskrankheit zu verursachen, sofern die betreffende Person die nach diesen Rechtsvorschriften vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt.

(2) In Fällen von Silikose oder Asbestose sind dem nach Absatz 1 zur Erbringung der Leistungen verpflichteten Träger die Aufwendungen für Geldleistungen einschließlich Renten vom Träger des anderen Vertragsstaates zur Hälfte zu erstatten; dies gilt nicht, wenn die Beschäftigungsdauer in diesem anderen Vertragsstaat, welche die Silikose oder Asbestose verursacht haben könnte, 10 vom Hundert der gesamten Beschäftigungsdauer, die die Silikose oder Asbestose in den beiden Vertragsstaaten verursacht haben könnte, nicht erreicht.

(3) Hängt die Gewährung der Leistungen für eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates davon ab, daß die Krankheit zum ersten Mal im Gebiet dieses Vertragsstaates ärztlich festgestellt worden ist, so gilt diese Bedingung als erfüllt, wenn die betreffende Krankheit zum ersten Mal im Gebiet des anderen Vertragsstaates festgestellt worden ist.

Artikel 13

Erhebt eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Entschädigung für eine Berufskrankheit erhalten hat oder erhält, bei Verschlimmerung einer Berufskrankheit wegen einer gleichartigen Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch auf Leistungen, so gelten folgende Regelungen:

- a) Hat die Person im Gebiet dieses Vertragsstaates keine Beschäftigung ausgeübt, die geeignet war, die Berufskrankheit zu verursachen oder zu verschlimmern, so bleibt der zuständige Träger des ersten Vertragsstaates verpflichtet, die Leistungen nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung der Verschlimmerung zu seinen Lasten zu gewähren.
- b) Hat die Person im Gebiet des letzten Vertragsstaates eine derartige Beschäftigung ausgeübt, so bleibt der zuständige Träger des ersten Vertragsstaates verpflichtet, die Leistungen nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften ohne Berücksichtigung der Verschlimmerung zu gewähren; der zuständige Träger des anderen Vertragsstaates gewährt der Person eine Leistung, deren Höhe sich nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften bestimmt und dem Unterschiedsbetrag zwischen der nach der Verschlimmerung geschuldeten Leistung und dem Betrag entspricht, der geschuldet sein würde, wenn die Krankheit vor der Verschlimmerung in seinem Gebiet eingetreten wäre.

Kapitel 3**Alter, Invalidität und Tod****(Pensionen)****Artikel 14**

Galten für eine Person nacheinander oder abwechselnd die Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten, so werden für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruches die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zusammengerechnet, soweit sie sich nicht überschneiden. In welchem Ausmaß und in welcher Weise Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind, richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Versicherung diese Zeiten zurückgelegt worden sind.

Artikel 15

(1) Beanspruchen eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, oder ihre Hinterbliebenen Leistungen, so sind die Leistungen auf folgende Weise festzustellen:

a) Der Träger jedes Vertragsstaates hat nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften festzustellen, ob die betreffende Person unter Berücksichtigung der im Artikel 14 vorgesehenen Zusammenrechnung der Zeiten die Voraussetzungen für den Anspruch auf die in diesen Rechtsvorschriften vorgesehenen Leistungen erfüllt.

b) Besteht ein Anspruch, so hat jeder in Betracht kommende Träger zunächst den theoretischen Betrag der Leistung zu berechnen, die zustehen würde, wenn alle nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten ausschließlich nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen wären. Ist der Betrag der Leistung von der Versicherungsdauer unabhängig, so gilt dieser Betrag als theoretischer Betrag.

c) Auf Grund dieses Betrages hat der Träger den geschuldeten Betrag nach dem Verhältnis festzusetzen, das zwischen der Dauer der nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Zeiten und der Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Zeiten besteht.

d) Bemessungsgrundlagen werden nur aus den Versicherungszeiten gebildet, die nach den für den Träger geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen sind.

e) Bei Durchführung der Buchstaben b und c sind sich deckende Versicherungszeiten so zu berücksichtigen, als würden sie sich nicht decken.

(2) Erreichen die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zurückgelegt worden sind, insgesamt nicht zwölf Monate, so wird nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung gewährt. Dies gilt nicht, wenn nach diesen Rechtsvorschriften ein Leistungsanspruch bereits auf Grund solcher geringerer Zeiten besteht.

(3) Die im Absatz 2 erster Satz genannten Zeiten sind von dem Träger des anderen Vertragsstaates für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches und dessen Ausmaß so zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Zeiten.

Artikel 16

Die österreichischen Träger haben die Artikel 14 und 15 nach folgenden Regeln anzuwenden:

1. Für die Feststellung der Leistungszugehörigkeit und der Leistungszuständigkeit sind nur österreichische Versicherungszeiten zu berücksichtigen.

2. Die Artikel 14 und 15 gelten nicht für das Bergmannstreuegeld aus der knappschaftlichen Pensionsversicherung.
3. Bei Durchführung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe a gelten als neutrale Zeiten auch Zeiten, während derer der Versicherte einen Anspruch auf eine Pension aus dem Versicherungsfall des Alters beziehungsweise der Invalidität nach den tunesischen Rechtsvorschriften hatte.
4. Bei Durchführung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe b haben Beiträge zur Höherversicherung, der knappschaftliche Leistungszuschlag, der Hilflosenzuschuß und die Ausgleichszulage außer Ansatz zu bleiben.
5. Übersteigt bei Durchführung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe c die Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten das nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Bemessung des Steigerungsbetrages festgelegte Höchstausmaß, so ist die geschuldete Teilleistung nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und dem erwähnten Höchstausmaß von Versicherungsmonaten besteht.
6. Für die Bemessung des Hilflosenzuschusses gilt Artikel 15 Absatz 1 Buchstaben b und c; Artikel 19 ist entsprechend anzuwenden.
7. Der nach Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe c errechnete Betrag erhöht sich allenfalls um Steigerungsbeträge für Beiträge zur Höherversicherung, den knappschaftlichen Leistungszuschlag, den Hilflosenzuschuß und die Ausgleichszulage.
8. Hängt nach den österreichischen Rechtsvorschriften die Gewährung von Leistungen der knappschaftlichen Pensionsversicherung davon ab, daß wesentlich bergmännische Tätigkeiten im Sinne der österreichischen Rechtsvorschriften in bestimmten Betrieben zurückgelegt sind, so werden von den tunesischen Versicherungszeiten nur jene berücksichtigt, denen eine Beschäftigung in einem gleichartigen tunesischen Betrieb mit einer gleichartigen Tätigkeit zugrunde liegt.
9. Sonderzahlungen gebühren im Ausmaß der österreichischen Teilleistung; Artikel 19 ist entsprechend anzuwenden.

Artikel 17

Die tunesischen Träger haben die Artikel 14 und 15 nach folgenden Regeln anzuwenden:

1. Bei Durchführung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe b erster Satz haben Beiträge zur Zusatzversicherung außer Ansatz zu bleiben.
2. Übersteigt bei Durchführung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe c die Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertrags-

staaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten das nach den tunesischen Rechtsvorschriften für die Bemessung des Steigerungsbetrages festgelegte Höchstausmaß, so ist die geschuldete Teilleistung nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den tunesischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und dem erwähnten Höchstausmaß von Versicherungsmonaten besteht.

3. Der nach Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe c errechnete Betrag erhöht sich allenfalls um Steigerungsbeträge für Beiträge zur Zusatzversicherung.
4. Erfüllt der Versicherte auch ohne Berücksichtigung des Artikels 14 die für einen Leistungsanspruch erforderlichen Voraussetzungen, so stellt der tunesische Träger den Betrag der Leistung unter ausschließlicher Heranziehung der nach den tunesischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten fest.

Artikel 18

(1) Erfüllt die betreffende Person in einem bestimmten Zeitpunkt die Voraussetzung der auf sie anwendbaren Rechtsvorschriften zwar nicht beider Vertragsstaaten, wohl aber eines Vertragsstaates, ohne daß es erforderlich ist, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zu berücksichtigenden Versicherungszeiten heranzuziehen, so ist der Betrag der Leistung nur auf Grund der Rechtsvorschriften festzustellen, nach denen der Anspruch erworben worden ist, und zwar unter ausschließlicher Heranziehung der nach diesen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Zeiten.

(2) Eine nach Absatz 1 festgestellte Leistung ist nach Artikel 15 neu festzustellen, wenn ein entsprechender Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates entsteht. Die Neufeststellung erfolgt mit Wirkung vom Tag des Beginnes der Leistung nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates. Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Neufeststellung nicht entgegen.

Artikel 19

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auch ohne Berücksichtigung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe a Anspruch auf eine Leistung und wäre diese höher als die Summe der nach Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe c errechneten Leistungen, so hat der Träger dieses Vertragsstaates seine so errechnete Leistung, erhöht um den Unterschiedsbetrag zwischen der Summe der nach Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe c errechneten Leistungen und der Leistung, die nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften allein zustünde, als Teilleistung zu gewähren.

Kapitel 4**Familienbeihilfen****Artikel 20**

(1) Eine Person, die in einem Vertragsstaat als Dienstnehmer erwerbstätig ist, hat nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates Anspruch auf Familienbeihilfen auch für die Kinder, die sich ständig in dem anderen Vertragsstaat aufhalten.

(2) Für den Anspruch auf Familienbeihilfen werden die Dienstnehmer so behandelt, als hätten sie ihren Wohnsitz ausschließlich in dem Vertragsstaat, in dem die Beschäftigung ausgeübt wird.

(3) Anspruch auf die österreichische Familienbeihilfe besteht für Kinder, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und sich ständig in Tunesien aufhalten, nur dann, wenn sie sich in Schulausbildung befinden.

Artikel 21

(1) Die Familienbeihilfe, die nach österreichischen Rechtsvorschriften für Kinder gewährt wird, die sich ständig in Tunesien aufhalten, beträgt monatlich 818 S für jedes Kind. Dieser Betrag erhöht oder vermindert sich um denselben Prozentsatz, um den sich in Österreich die Familienbeihilfe für ein Kind jeweils nach dem 1. Jänner 1987 erhöht oder vermindert.

(2) Für Kinder, die das 10. Lebensjahr vollendet haben und sich ständig in Tunesien aufhalten, erhöht sich die Familienbeihilfe mit Beginn des Kalenderjahres, in dem das Kind das 10. Lebensjahr vollendet, um monatlich 120 S. Dieser Betrag erhöht oder vermindert sich um denselben Prozentsatz, um den sich in Österreich der Zuschlag zur Familienbeihilfe für ein Kind, welches das 10. Lebensjahr vollendet hat, nach dem 1. Jänner 1986 jeweils erhöht oder vermindert.

Artikel 22

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für die Erlangung des Anspruches auf Familienbeihilfen bestimmte Wartezeiten vor, so werden die in dem anderen Vertragsstaat zurückgelegten gleichartigen Zeiten angerechnet.

(2) Dienstnehmer, die Geldleistungen nach den Rechtsvorschriften über die Kranken- oder Arbeitslosenversicherung eines Vertragsstaates beziehen, sind in bezug auf den Anspruch auf Familienbeihilfen so zu behandeln, als ob sie in dem Vertragsstaat, nach dessen Rechtsvorschriften sie diese Geldleistungen erhalten, beschäftigt wären.

Artikel 23

Hat eine Person während eines Kalendermonates unter Berücksichtigung dieses Abkommens für

ein Kind nacheinander die Anspruchsvoraussetzungen nach den Rechtsvorschriften des einen und des anderen Vertragsstaates erfüllt, so werden Familienbeihilfen für diesen Monat nur von dem Vertragsstaat gewährt, nach dessen Rechtsvorschriften sie zu Beginn des Monats zu gewähren waren.

Artikel 24

Sind nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten unter Berücksichtigung dieses Abkommens für ein Kind die Voraussetzungen für die Gewährung von Familienbeihilfen in beiden Vertragsstaaten gegeben, so sind die Familienbeihilfen für dieses Kind ausschließlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dem sich das Kind ständig aufhält.

Artikel 25

Kinder im Sinne dieses Kapitels sind Personen, für die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften Familienbeihilfen vorgesehen sind.

ABSCHNITT IV**VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN****Artikel 26**

(1) Die zuständigen Behörden werden die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln. Diese Vereinbarung kann bereits vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens geschlossen werden, sie darf jedoch frühestens gleichzeitig mit diesem Abkommen in Kraft treten.

(2) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten unterrichten einander

- a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen;
- b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(3) Bei der Anwendung dieses Abkommens haben die Behörden und Träger der Vertragsstaaten einander zu unterstützen und wie bei der Anwendung ihrer eigenen Rechtsvorschriften zu handeln. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

(4) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.

(5) Die Träger und Behörden eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstige Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

(6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, werden auf Ersuchen der zuständigen Stelle zu ihren Lasten vom Träger des Aufenthaltsortes veranlaßt.

(7) Für die gerichtliche Rechtshilfe gelten die jeweiligen auf die Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtssachen anwendbaren Bestimmungen.

Artikel 27

Die zuständigen Behörden haben zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten.

Artikel 28

(1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, wird auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden erstreckt, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden, Dokumente und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorgelegt werden müssen, bedürfen keiner Beglaubigung.

Artikel 29

(1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei

einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absatz 1 bis 3 übermittelt die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten unverzüglich an die entsprechende zuständige Stelle des anderen Vertragsstaates.

Artikel 30

(1) Die nach diesem Abkommen leistungspflichtigen Stellen haben die Leistungen mit befreiender Wirkung in der für sie innerstaatlich maßgebenden Währung zu erbringen, wobei für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend ist, der bei der Übermittlung der Leistung zugrunde gelegt wurde.

(2) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Erstattungen haben in der Währung des Vertragsstaates, in dem der Träger, der die Leistungen gewährt hat, seinen Sitz hat, zu erfolgen.

(3) Überweisungen auf Grund dieses Abkommens werden nach Maßgabe der Vereinbarungen vorgenommen, die auf diesem Gebiet in den beiden Vertragsstaaten im Zeitpunkt der Überweisung gelten.

Artikel 31

Für die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren öffentlichen Urkunden der Träger und Behörden eines Vertragsstaates im Bereich der im Artikel 2 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit gilt der Vertrag vom 23. Juni 1977 zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik über die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechts*) entsprechend.

Artikel 32

(1) Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß gezahlt, so kann die auf denselben Zeitraum entfallende Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch besteht, einbehalten werden. Hat der Träger des einen Vertragsstaates für eine Zeit, für die der Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag bis zur Höhe des nachzuzahlenden Betrages als Vorschuß im Sinne des ersten Satzes.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 305/1980

(2) Wurde in einem Vertragsstaat einem Leistungsberechtigten eine Leistung der Sozialhilfe oder eine vorläufige Leistung aus der Arbeitslosenversicherung während eines Zeitraumes gewährt, für den der Leistungsberechtigte Anspruch auf Geldleistungen hat, so behält der verpflichtete Träger oder die zahlende Stelle auf Ersuchen und für Rechnung der in Betracht kommenden Stelle die auf den gleichen Zeitraum entfallenden Nachzahlungen bis zur Höhe der gezahlten Leistungen ein.

(3) Die Einbehaltung nach den Absätzen 1 und 2 erfolgt nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, die für den die Einbehaltung vornehmenden Träger gelten.

Artikel 33

Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

Artikel 34

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden auf diplomatischem Wege beigelegt. Auf Verlangen eines Vertragsstaates kann die Streitigkeit des weiteren einer Ad-hoc-Kommission unterbreitet werden, die sich aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten zusammensetzen wird. Jede Delegation kann Experten beiziehen.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das wie folgt zu bilden ist:

- a) Jeder Vertragsstaat bestellt binnen einem Monat ab dem Empfang des Verlangens einer schiedsgerichtlichen Entscheidung einen Schiedsrichter. Die beiden so nominierten Schiedsrichter wählen innerhalb von zwei Monaten, nachdem der Vertragsstaat, der seinen Schiedsrichter zuletzt bestellt hat, dies notifiziert hat, einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als dritten Schiedsrichter.
- b) Wenn ein Vertragsstaat innerhalb der festgesetzten Frist keinen Schiedsrichter bestellt hat, kann der andere Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, einen solchen zu bestellen. Entsprechend ist über Aufforderung eines Vertragsstaates vorzugehen, wenn sich die beiden Schiedsrichter über die Wahl des dritten Schiedsrichters nicht einigen können.
- c) Für den Fall, daß der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörig-

keit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, gehen die ihm durch diesen Artikel übertragenen Funktionen auf den Vizepräsidenten des Gerichtshofes oder auf den ranghöchsten Richter des Gerichtshofes über, auf den dieser Umstand nicht zutrifft.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die beiden Vertragsstaaten bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten des Schiedsrichters, den er bestellt. Die übrigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

ABSCHNITT V

ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 35

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen werden auch Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten dieses Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Unbeschadet des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind, soweit nicht früher festgestellte Ansprüche durch Kapitalzahlungen abgegolten worden sind. In diesen Fällen werden nach den Bestimmungen dieses Abkommens

- a) Leistungen, die erst auf Grund dieses Abkommens gebühren, auf Antrag des Berechtigten vom Inkrafttreten dieses Abkommens an festgestellt,
- b) Leistungen, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt worden sind, auf Antrag des Berechtigten neu festgestellt.

Wird der Antrag auf Feststellung oder auf Neufeststellung binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens eingebracht, so sind die Leistungen vom Inkrafttreten dieses Abkommens an zu gewähren, sonst von dem Tag an, der nach den Rechtsvorschriften jedes der beiden Vertragsstaaten bestimmt ist.

(4) Sehen die Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten den Ausschluß oder die Verjährung von Ansprüchen vor, so werden hinsichtlich der Ansprüche aus Absatz 3 die diesbezüglichen Vorschriften auf die Berechtigten nicht angewendet, wenn der im Absatz 3 bezeichnete Antrag binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens

gestellt wird. Wird der Antrag nach Ablauf dieser Frist gestellt, so besteht der Anspruch auf Leistungen, soweit er nicht ausgeschlossen oder verjährt ist, vom Zeitpunkt der Antragstellung an, es sei denn, daß günstigere Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates anwendbar sind.

(5) In den Fällen des Absatzes 3 Buchstabe b ist Artikel 32 Absatz 1 entsprechend anzuwenden.

Artikel 36

Die einer Person, die aus politischen oder religiösen Gründen oder aus Gründen der Abstammung in ihren sozialversicherungsrechtlichen Verhältnissen einen Nachteil erlitten hat, nach den österreichischen Rechtsvorschriften zustehenden Rechte werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 37

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Wien auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen.

(4) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter, und zwar ohne Rücksicht auf einschränkende Bestimmungen, welche die in Betracht kommenden Systeme für den Fall des Aufenthaltes eines Versicherten im Ausland vorsehen.

ZU URKUND DESSEN haben die oben erwähnten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Tunis, am 4. Dezember 1989, in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei alle drei Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Falle abweichender Auslegung zwischen dem deutschen und dem arabischen Text ist der französische Text maßgebend.

Für die Republik Österreich:

Mock

Für die Tunesische Republik:

Escheikh

SCHLUSSPROTOKOLL ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TUNESISCHEN REPUBLIK ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Bei Unterzeichnung des heute zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgende Bestimmungen besteht:

I. Zu Artikel 4 des Abkommens:

Diese Bestimmung berührt nicht

- a) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen der Vertragsstaaten mit anderen Staaten;
- b) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Versicherung der bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in Drittstaaten oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigten Personen;
- c) die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten oder diesen gleichgestellten Zeiten;
- d) die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung im Bereich der Sozialen Sicherheit.

II. Zu Artikel 5 des Abkommens:

Diese Bestimmung bezieht sich hinsichtlich der österreichischen Rechtsvorschriften nicht auf

- a) die Ausgleichszulage;
- b) jene Teile der österreichischen Leistung, die beruhen
 - i) auf Versicherungszeiten nach dem Bundesgesetz vom 22. November 1961 über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensionsversicherung auf Grund einer Erwerbstätigkeit außerhalb Österreichs oder
 - ii) auf im Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie außerhalb Österreichs zurückgelegten Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit.

III. Zu Artikel 11 des Abkommens:

In den Fällen des Artikels 9 Absatz 2 ist der Ersatz der Aufwendungen für Anspruchsberechtigte aus der österreichischen Pensionsversicherung aus den beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger einlangenden Beiträgen zur Krankenversicherung der Pensionisten zu leisten.

IV. Zu den Artikeln 20 bis 22 des Abkommens:

- a) Anspruch auf Familienbeihilfen besteht nur, wenn die Beschäftigung nicht gegen die bestehenden Vorschriften über die Beschäftigung ausländischer Dienstnehmer verstößt.
- b) Anspruch auf die Familienbeihilfe nach den österreichischen Rechtsvorschriften besteht nur, wenn die Beschäftigung in Österreich mindestens einen Kalendermonat dauert; auf diese Wartezeit findet eine Anrechnung nach Artikel 22 Absatz 1 nicht statt.
- c) Anspruch auf die erhöhte Familienbeihilfe für erheblich behinderte Kinder nach den österreichischen Rechtsvorschriften besteht nur für die Kinder, die sich ständig in Österreich aufhalten.

Dieses Schlußprotokoll ist Bestandteil des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit.

Es tritt an demselben Tag in Kraft wie das Abkommen und bleibt ebensolange wie dieses in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Schlußprotokoll unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Tunis, am 4. Dezember 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei alle drei Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Falle abweichender Auslegung zwischen dem deutschen und dem arabischen Text ist der französische Text maßgebend.

Für die Republik Österreich:

Mock

Für die Tunesische Republik:

Escheikh

اتفاقية

بين

جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية
حول الضمان الاجتماعي

(٢)

ان

الرئيس الفيدرالى لجمهورية النمسا

و

رئيس الجمهورية التونسية

تحدوهما الرغبة فى تنظيم العلاقات بين الدولتين فى ميدان
 الضمان الاجتماعى ،
 قررا ابسرام اتفاقية ولهذا الغرض سميا
 مندوبيهما المفوضين و هما :

عن الرئيس الفيدرالى لجمهورية النمسا
 السيد الويس موك الوزير الفيدرالى للشؤون الخارجية
 عن رئيس الجمهورية التونسية
 السيد عبد الحميد الشيخ وزير الشؤون الخارجية

الذين بعد ان تبادلوا وثائق تفويضهما ، المعرف
 بصحتها اتفقا على الاحكام التالية :

(١) لغرض تطبيق هذه الاتفاقية :
١ - تشير عبارة " النمسا " الى جمهورية النمسا و تشير عبارة " تونس " الى الجمهورية التونسية
٢ - تشير عبارة " تراب " بالنسبة للنمسا الى ترابها الفيدرالى بالنسبة لتونس الى تراب الجمهورية التونسية
٣ - تشير عبارة " مواطن " بالنمسا الى مواطنيها بالنسبة لتونس الى مواطنيها طبقا للقانون التونسي فى هذه المادة
٤ - تشير عبارة تشريع الى القوانين و التراتيب و الاحكام التأسيسية و كل اجراءات التطبيق الاخرى المتعلقة بنظم و فروع الضمان الاجتماعى المشار اليها بالفقرة الاولى من الفصل الثانى
٥ - تشير عبارة " السلطة المختصة " بالنسبة للنمسا الى الوزراء الفيدراليين المكلفين بتطبيق التشريعات المنصوص عليها بالنقطة ٢ للفقرة ١ من الفصل الثانى
بالنسبة لتونس الى وزير الشؤون الاجتماعى

(٤)

٦ - تشير عبارة "المؤسسة" الى الهياكل أو السلطة التي يرجع لها بالنظر كليا أو جزئيا تطبيق التشريعات المشار اليها بالفقرة (١) من الفصل الثاني

٧ - تشير عبارة "المؤسسة المختصة" الى المؤسسة التي يكون المؤمن منخرطا فيها وقت طلب المنافع أو التي يكون أو قد يكون له الحق في التمتع بمنافع من طرفها اذا كان مقيما بتراب الطرف المتعاقد الذي توجد به هذه المؤسسة

٨ - تشير عبارة "فرد من الاسرة" الى فرد من العائلة حسب التشريع الجارى به العمل في الدولة المتعاقدة التي يوجد بها مقر المؤسسة التي تتحمل تقديم المنافع

٩ - تشير عبارة "منافع نقدية و جرايات عمرية أو جرايات الى منافع نقدية و جرايات عمرية أو جرايات بما فيها كل العناصر المحمولة على الاموال العمومية والترفيهات و المنح الاضافية في شكل رأس مال و المبالغ المدفوعة بعنوان تسديد الاشتراكات"

١٠ - تشير عبارة "المنح العائلية" بالنسبة للنمسا الى المنح العائلية بالنسبة لتونس الى المنح العائلية

(٥)

(٢) لغرض تطبيق هذه الاتفاقية تعنى كل بقية الـ_____المعاني التي تقصدها حسب تشريع كل واحد من البلدين •

الفصل الثاني :

(١) x تنطبق هذه الاتفاقية على التشريعات المتعلقة بـ:

١/ في النمسا :

- أ - التأمين على المـ_____رض
- ب - تأمين الحـ_____وادث
- ج - تأمين الجـ_____رايات
- د - المنـ_____ح العائليـ_____ة

٢/ في تونس :

- أ - تأمين المرض و الامومة و الوفاة
- ب - تأمين حوادث الشغل و الامراض المهنية
- ج - تأمين الجـ_____رايات
- د - المنـ_____ح العائليـ_____ة

(٢) لا تنطبق هذه الاتفاقية على النصوص التشريعية أو الترتيبية التي

تغطي فرعاً جديداً من الضمان الاجتماعي و لا على أنظمة التعويض لفائدة المتضررين من الحرب و مخلفاتها ، كما لا تنطبق بالنسبة للنمسا: على التشريع الخاص بتأمين العـ_____دول بالنسبة لتونس : على التشريع الخاص بالاعـ_____وان المنتمين للقطاع العمـ_____ومي

(٣) لا تدخل المقتضيات القانونية الناجمة عن الاتفاقات الدوليـ_____ة

المبرمة مع الدول الاخرى أو اللازمة لتنفيذها بعين الاعتبار في علاقات الدولتين المتعاقدين و ذلك طالما لم تتضمن قواعد لتوزيع الاعـ_____اء في مـ_____ادة التأمين

الفصل الثالث :

(١) طالمة لم يتم التنميص على خلاف ذلك تنطبق هذه الاتفاقية على مواطني كل من الدولتين المتعاقبتين و على أفراد أسرهم و على بقية الاشخاص فيما يتعلق بالحقوق المنجزة عن حقوق مواطن من احدى الدولتين المتعاقبتين .

(٢) لا تنطبق مقتضيات هذه الاتفاقية على الممثلين الدبلوماسيين و القناصلة المحترفين و الاعوان التقنيين الاداريين للبعثات والقنصليات التي يديرها قنصل محترف و اعضاء سلك الخدمة للبعثات الدبلوماسية و القنصلية و كذلك الاشخاص المستخدمين خصيصا بصفة خاصة في منازل الممثلين الدبلوماسيين و القناصلة المحترفين و اعضاء القنصليات التي يديرها قنصل محترف على ان تنطبق على الوضعية القانونية لهؤلاء الاعوان مقتضيات اتفاقية (فيانا) حول العلاقات الدبلوماسية المؤرخة في ١٨ أبريل ١٩٦١ و اتفاقية (فيانسا) حول العلاقات القنصلية المؤرخة في ٢٤ افريل ١٩٦٣ .

الفصل الرابع :

ما لم تقتضى هذه الاتفاقية خلاف ذلك تتم معاملة مواطني كل واحد من البلدين المتعاقدين بمثل معاملة مواطني البلد الآخر عند تطبيق تشريع هذا الاخير .

الفصل الخامس :

ما لم تقتضى هذه الاتفاقية خلاف ذلك فان المنافع النقدية الخاصة بالمجز و الشبخوخة و الباقيين بعد الوفاة و جرايات حوادث الشغل و الامراض المهنية و كذلك منح الوفاة الممتحنة طبقا لتشريع احدى الدولتين المتعاقبتين لا يمكن تنقيصها و لا تغييرها و لا تعليقها و لا الفاؤها و لا حجزها بحجة ان المستفيد منها بقيم بصفة دائمة أو مؤقتة بتراب الدولة المتعاقدة الاخرى .

(٧)

العنوان الثانى : ضبط التشريع المنطبق

=====

الفصل السادس :

مع الاحتراز لاحكام الفصل ٧ ، تضبط اجبارية التأمين
طبقا لتشريع الدولة المتعاقدة التى يمارس النشاط المهنى على
ترابها • وفى حالة ممارسة نشاط مهنى موعجر فان هذه القاعدة
تنطبق أيضا اذا كان مقر الموعجر موجودا على تراب الدولة
المتعاقدة الاخرى •

الفصل السابع :

- (١) العامل الذى تشغله مؤسسة يوجد مقرها على تراب احدى
الدولتين المتعاقدتين يبقى خاضعا لتشريع الدولة المتعاقدة
الاولى لمدة الاربع و عشرين شهرا الاولى من اشتغالهم •
- (٢) العامل الذى تشغله مؤسسة طيران يوجد مقرها بتراب
احدى الدولتين المتعاقدتين و الذى تم الحاقه بتراب الدولة
المتعاقدة الاخرى يبقى خاضعا لتشريع الدولة المتعاقدة
الاولى •
- (٣) يخضع طاقم السفينة البحرية وكذلك بقية الاشخاص
العاملين باستمرار على ظهر هذه السفينة الى تشريع الدولة
المتعاقدة التى ترفع السفينة علمها •
- (٤) العملة الاجزاء أو المشبهون بالاجزاء التابعون لمصالح
ادارية رسمية الملحقون من طرف احدى الدولتين بالدولة
الاخرى يبقون خاضعين للتشريع الجارى به الممسل فـ
الدولة التى ألحقتهم •

الفصل الثامن :

- (١) بطلب مشترك من العامل الاجير و موعجـره فان السلسـط
المختصة للدولتين المتعاقـدتين يمكن أن تتفقـا على استثناء
لمقتضيات الفصلين ٦ و ٧ و ذلك باعتبار طبيعة و ظروف العمل
- (٢) طبقا للفقرة (١) اذا كان العامل الاجير خاضعا لتشريع
احدى الدولتين المتعاقـدتين ممارسة نشاطه الموعـجر على
تراب الدولة المتعاقـدة الاخرى فان التشريع ينطبق كما لو كان
المعنى بالامر يمارس نشاطه على تراب الدولة المتعاقـدة الاولى

العنوان الثالث : أحكام خاصة
 ~~~~~

الباب الاول

## المرض و الولادة

الفصل التاسع :

- (١) ينتفع اصحاب الجرايات المستحقة طبقا لتشريع الدولتين  
المتعاقـدتين و كذلك أفراد أسرهم ، المقيمين باحدى الدولتين ،  
بالمنافع العينية التى تسديها مؤسسة مقر الإقامة كما لو كانوا  
منتفعين فحسب بجرايات طبقا لتشريع الدولة المتعاقـدة مقر  
الإقامة • و تتحمل اعباء هذه المنافع مؤسسة الدولة المتعاقـدة مقر  
الإقامة •
- (٢) ينتفع أصحاب الجرايات المستحقة طبقا لتشريع احدى الدولتين  
المتعاقـدتين و كذلك افراد أسرهم المقيمين بالدولة الاخرى بالمنافع  
العينية التى تسديها مؤسسة مكان الإقامة كما لو كانوا منتفعين بجرايات  
طبقا لتشريع الدولة المتعاقـدة مكان الإقامة •  
و تتحمل اعباء هذه المنافع المؤسسة المختصة للدولة المتعاقـدة التى  
يوجد بها مقر المؤسسة التى تصرف الجرايات •

الفصل العاشر :

تسدى المنافع العينية المنصوص عليها بالفقرة (٢) من  
الفصل ( ٩ )

فى النمسا : من قبل Gebietskrankenkasse المختصة  
بالنسبة لمكان اقامة الشخص المعنى بالامر  
فى تونس: من قبل الصندوق القومى للضمان الاجتماعى

الفصل الحادى عشر :

(١) فيما يتعلق بالمنافع العينية المسداة فى الحالات المشار  
اليها بالفقرة ( ٢ ) من الفصل (٩) فان المؤسسة المختصة  
مطالبة بتسديد مبلغ تلك المنافع .

(٢) يمكن للسلط المختصة بعد استشارة المؤسسات المعنية ان تقرر  
فى اطار الحرب على اختصار الاجراءات الادارية ، بان يتم  
تعويض التسديد حسب الفواتير بتسديد جملى .

الباب الثانىالامراض المهنيةالفصل الثانى عشر :

(١) لا تمنح المنافع المنجزة عن مرض مهنى قابل للتعويض  
طبقا لتشريع الدولتين المتعاقدتين الا بعنوان تشريع الدولسة  
المتعاقدة التى يكون النشاط المتسبب فى حصول مرض مهنى من هذه  
الطبيعة مورس على ترابها آخر مرة و ذلك بشرط أن يستجيب  
المعنى بالامر الى الشروط المنصوص عليها بهذا التشريع

(٢) بالنسبة لحالات التملب الرئوى و الحرير الصخرى تسدد موعسسة الدولة المتعاقدة الاخرى ٥٠ ٪ من المنافع النقدية بما فيها الجرايات المستحقة طبقا للفقرة (١) لفائدة الموعسسة التى تولت صرفهـا و لا يعمل بهذا الاجراء اذا كانت مدة النشاط المقضاة فى الدولة المتعاقدة الاخرى التى قد تكون مصدر التملب الرئوى أو الحريرـ الصخرى أقل من ١٠ ٪ من فترة النشاط الجملى المتسببة فى هذين المرضين فى البلدين المتعاقدين •

(٣) اذا اشترط لاسناد منافع المرض المهنى طبقا لتشريع دولة متعاقدة أن يقع اثبات المرض طبيا لأول مرة على ترابها فان هذا الشرط يعتبر متوفرا اذا وقع اثبات المرض لأول مرة على تراب الدولة المتعاقدة الاخرى •

#### الفصل الثالث عشر :

فى حالة تعكر مرض مهنى انتفع العامل من أجله أو بواصل الانتفاع بتعويض طبقا لتشريع دولة متعاقدة مع افتتاحه الحق فى الانتفاع بمنافع بعنوان مرض مهنى من نفس الطبيعة طبقا لتشريع الدولة المتعاقدة الاخرى تطبق الاحكام التالية :

(أ) اذا لم يباشـر العمل منذ أن انتفع بالمنافع عملا تحت ظل تشريع الدولة المتعاقدة الاخرى من شأنه أن يتسبب أو يعكر المرض المعتبر فان الموعسسة المختصة للدولة الاولى ملزمة بتحمل عبء المنافع باعتبار التعكر ، طبقا لاحكام التشريع الذى تطبقه •

(ب) اذا باشر العامل منذ ان انتفع بالمنافع ، مثل هذا العمل تحت ظل تشريع الدولة المتعاقدة الاخرى ، فان الموعسسة المختصة فى الدولة الاولى ملزمة بتحمل عبء المنافع بدون اعتبار التعكر ، طبقا للتشريع الذى تطبقه و تسند الموعسسة المختصة فى الدولة الثانية للعامل تكملة يساوى مقدارها الفارق بين مبلغ المنافع المستحقة بعـد التعكر و المبلغ الذى قد تكون عليه المنافع قبل التعكر طبقا لاحكام التشريع الذى تطبقه كما لو حدث المرض المعتبر تحت ظل تشريع هذه الدولة •

( ١١ )

الباب الثالث

تأمين العجز و الشيخوخة و الوفاة

( الجرايات )

الفصل الرابع عشر :

لغرض اكتساب الحق فى المنافع أو الحفاظ عليها أو استرجاعه حين يكون العامل قد خضع على التوالى أو التابع لتشريع الدولتين المتعاقبتين يتم تجميع فترات التأمين المقضاة طبقا لتشريع كل من الدولتين المتعاقبتين شريطة ألا تتعلق بنفس المصلحة .

و تسوى مسألة معرفة ما اذا كان يجب أخذ فترات التأمين بعين الاعتبار و الى أى حد ، طبقا لتشريع الدولة المتعاقدة التى تسم قضاء هذه الفترات فى ظل نظام تأمينها .

الفصل الخامس عشر :

(١) تحدد المنافع المستحقة للعامل الذى قضى فترات التأمين طبقا لتشريع الدولتين المتعاقبتين أو المخولة لاولى الحق منه ، كـمى يلى :

أ - تحدد المؤسسة المختصة كل فى الدولتين المتعاقبتين على ضوء تشريعها ما اذا كانت تتوفر فى المعنى بالامر الشروط المطلوبة لافتتاح الحق فى الانتفاع بالمنافع المنصوص عليها بهذا التشريع باعتبار تجميع الفترات المشار اليها بالفصل ١٤ .

ب - اذا كان الحق مكتسبا تحدد المؤسسة المختصة المبلغ النظرى للمنافع التى كان المعنى بالامر يستحقها لو قضيت كل فترات التأمين المجمعة طبقا للتشريع الذى تطبقه . و اذا لم يكن مبلغ المنافع مرتبطا بمدة فترات التأمين فان هذا المبلغ يعتبر مبلغا نظريا .

ج - تحدد المؤسسة المختصة على ضوء المبلغ المذكور المبلغ المستحق على أساس النسبة بين فترات التأمين المقضاة طبقاً للتشريع الذى تطبيقه و مجموع فترات التأمين المقضاة بالبلدين المتعاقدين .

د - لا تعتمد قواعد الحساب الا باعتبار فترات التأمين المقضاة فى ظل التشريع الوطنى الذى تطبيقه المؤسسة المختصة

هـ - فى صورة تطبيق الفقرتين (ب) و (ج) تؤخذ فترات التأمين المتراكبة بعين الاعتبار كما لو لم تكن كذلك .

(٢) لا يكتسب أى حق فى المنافع طبقاً لتشريع دولة متعاقدة اذا لم تمل المدة الجمالية لفترات التأمين طبقاً لتشريع هذه الدولة الى سنة . على أن هذا الشرط يعتبر لاغياً اذا كان هذا التشريع ينص على اكتساب الحق بعنوان الفترات التى تقلل عن هذا الحد الأدنى .

(٣) تؤخذ الفترات المشار إليها بالجملة الاولى من الفقرة الثانية بعين الاعتبار من قبل المؤسسة المختصة للدولة المتعاقدة الاخرى فى اكتساب الحق فى المنافع والحفاظ عليه و استرجاعه و فى تحديد المبلغ المستحق كما لو كانت هذه الفترات مقضاة طبقاً للتشريع الذى تطبيقه .

#### الفصل السادس عشر :

تطبق المؤسسات النمساوية المختصة الفصول ١٤ و ١٥ حسب القواعد التالية :

(١) لا تؤخذ بعين الاعتبار فى تحديد مشمولات نظام معيشتهم و اختصاصه الا فترات التأمين النمساوية

( ١٣ )

(٢) لا تطبق احكام الفصلين ١٤ و ١٥ على منحة الوفاة " لعمال المناجم المسندة بعنوان تأمين الجرايات النمساوية لعملة المناجم .

(٣) فى صورة تطبيق الفصل ١٥ ، فقرة (١) فقرة فرعية - أ - تعتبر محايدة ايضا الفترات التي كان خلالها المضمون مفتتحا للحق فى الانتفاع بجراية شيخوخة أو عجز طبقا للتشريع التونسى .

(٤) فى صورة تطبيق الفصل ١٥ ، فقرة (١) فقرة فرعية - ب - لا تؤخذ بعين الاعتبار فى الاحتساب مساهمات التأمين التكميلية و المنافع الاضافية لعمال المناجم و الزيادة من أجل القصور و المنحة التعويضية .

(٥) فى صورة تطبيق الفصل ١٥ الفقرة (١) فقرة فرعية - ج - و اذا كانت المدة الجمليّة لفترات التأمين المأخوذة بعين الاعتبار و المقضاة بعنوان تشريع الدولتين المتعاقبتين تفوق المدة القصوى المنصوص عليها بالتشريع النمساوى لتحديد مبلغ الترفيع ، تضبط المنافع الجزئية المتسحقة بالنسبة الى جملة فترات التأمين المأخوذة بعين الاعتبار طبقا للتشريع النمساوى و باعتبار الحد الاقصى لاشهر التأمين المذكور آنفا .

(٦) لاحتساب الزيادة من أجل القصور يطبق الفصل ١٥ الفقرة (١) الفقرتين الفرعيتين - ب - و - ج - كما يطبق الفصل (١٩) بالقياس .

(٧) تضاف عند الضرورة الى المبلغ المحدد طبقا للفصل (١٥) الفقرة (١) الفقرة الفرعية - ج - مبالغ الزيادة المنجرة من المساهمات المدفوعة بعنوان نظام التأمين التكميلي و المنافع الاضافية لعمال المناجم و الزيادة من أجل القصور و المنحة التعويضية .

(٨) إذا اشترط التشريع النمساوي لاسداء منافع التأمين علىـ  
الشيخوخة لعملية المناجم أن يكون هؤلاء العملة قد مارسوا  
فترات عملهم فعلياً لدى بعض المؤسسات المحددة طبقاً لهذا  
التشريع ، لا تؤخذ بعين الاعتبار قصد تجميعها الا فترات التأمين  
التونسي الناجمة عن ممارسة نشاط مماثل لدى مؤسسة تونسية  
(٩) تستحق التسديدات الخاصة حسب نسبة جزء المنافع  
النمساوية و يطبق الفصل ١٩ بالفيـاس .

#### الفصل السابع عشر :

تطبق المؤسسات التونسية المختصة الفملين ١٤ و ١٥ حسب القواعد  
التالية :

(١) في صورة تطبيق الفصل ١٥ ، الفقرة (١) الفقرة الفرعية - أ -  
الجملة الاولى ، لا تؤخذ بعين الاعتبار في الاحتساب مساهمات  
التأمين التكميليـ

(٢) في صورة تطبيق الفصل ١٥ الفقرة (١) الفقرة الفرعية - ج -  
إذا كانت المدة الجمالية لفترات التأمين المأخوذة بعين الاعتبار  
و المقضاة بعنوان تشريع الدولتين المتعاقبتين تفوق المدة القصوى  
المنصوص عليها بالتشريع التونسي لتحديد مبلغ الترفيع تضيـط  
المنافع الجزئية المستحقة بالنسبة الى جملة فترات التأمين  
المأخوذة بعين الاعتبار طبقاً للتشريع التونسي و باعتبار الحد الاقصى  
لاشهر التأمين المذكور آنفا .

(٣) يضاف عند اللزوم الى المبلغ المحدد طبقاً للفصل ١٥ الفقرة (١)  
الفقرة الفرعية - ج - مبلغ الزبادات الناجمة عن الاشتراكات المدفوعة  
بعنوان النظام التكميليـ .

( ١٥ )

٤) اذا توفرت فى المضمون الشروط المطلوبة لاستحقاق المنافع دون تطبيق احكام الفصل ١٤ ، تقوم المؤسسة التونسية المختصة بتحديد مبلغ المنافع على أساس فترات التأمين المقضاة طبقا للتشريع التونسى فحسب

#### الفصل الثامن عشر :

١) اذا لم تتوفر فى المعنى بالامر فى وقت معين ، الشروط المطلوبة طبقا لتشريعات الدولتين المتعاقبتين معا و لكن توفرت فيه شروط احدهما فقط بدون أن يكون من اللازم اللجوء الى فترات التأمين المقضاة فى ظل تشريع الدولة المتعاقدة الاخرى ، يضبط مبلغ المنافع طبقا للتشريع الذى افتتح بمقتضاه الحق فحسب و باعتبار الفترات المقضاة فى ظل هذا التشريع دون سواها •

٢) طبقا للفصل ١٥ تتم مراجعة المنافع التى تمت تصفيتهها طبقا لمقتضيات الفقرة ( ١ ) فى صورة افتتاح حق جديد فى منافع ، حسب تشريع الدولة المتعاقدة الاخرى على أن يسرى مفعول هذه المراجعة ابتداء من تاريخ الانتفاع بها حسب تشريع هذه الدولة و لا تمس صلوحيية المقتضيات السابقة بحال من الاحوال الطابع النهائية لهذه المراجعة •

#### الفصل التاسع عشر :

اذا كان للمؤمن الحق فى منافع طبقا لتشريع دولة متعاقدة حتى دون اعتبار الفصل ١٥ الفقرة (١) الفقرة الفرعية - أ - و اذا كان مبلغ هذه المنافع يفوق مجموع المنافع المحتسبة طبقا للفصل ١٥ الفقرة (١) الفقرة الفرعية - ج - فان الجراية النسبية المستحقة من قبل المؤسسة المختصة للدولة المتعاقدة تتكون من المنافع النسبية المحددة طبق تشريعها ، تضاف اليها تكملة تساوى الفارق بين جملة المنافع المحددة طبق الفصل ١٥ الفقرة (١) الفقرة الفرعية - ج - والمنافع التى تكون مستحقة لو تم تطبيق تشريع هذه الدولة المتعاقدة فحسب •

( ١٦ )

## الباب الرابع المنح العائلية

### الفصل العشرون:

- (١) العمال الذين يمارسون نشاطا مهنيا موعرا في دولــــة متعاقدــــة ينتفعون بالمنح العائلية حسب تشريع هذه الدولــــة بالنسبة أيضا لابنائهم المقيمين على تراب الدولة المتعاقدة الاخرى .
- (٢) لاكتساب الحق في الانتفاع بالمنح العائلية يعتبر الاجراء كما لو كانوا مقيمين فقط بالدولة المتعاقدة التي يمارسون علىــــى ترابها نشاطهم المهني .
- (٣) لا يحتفظ باكتساب الحق في المنح العائلية النمساوية لما بعد ١٦ سنة من العمر بالنسبة للاطفال المقيمين في تونس الا اذا كانوا يواصلون تكويننا مدرسيا .

### الفصل الواحد والعشرون:

- (١) حددت المنح العائلية المسندة طبقا للتشريع النمساوي الى الاطفال المقيمين باستمرار بتونس بـ ٨١٨ شيلنغ نمساوي شهريا عن كل طفل . ويتم الترفيع أو التخفيض في هذا المبلغ حسب نفس نسب المنح العائلية المسندة لطفل مقيم بالنمسا بعد غرة جانفي ١٩٨٧ .
- (٢) بالنسبة للاطفال البالغين ١٠ سنوات من العمر والمقيمين باستمرار بتونس ترفع المنحة العائلية بـ ١٢٠ شيلنغ نمساوي شهريا بداية من تاريخ دخول السنة المدنية التي يكون فيها الطفل قد بلغ خلالها ١٠ سنوات ، ويرفع هذا المبلغ أو يخفض حسب النسبة المطبقة في النمسا بداية من غرة جانفي ١٩٨٦ ، علىــــى الزيادة أو التخفيض في تكملة المنحة العائلية بالنسبة للطفل البالغ ١٠ سنوات من العمر .

الفصل الثانى و العشرون :

- ( ١ ) اذا اشترط تشريع دولة متعاقدة قضاء فترات تربص لاكتساب الحق فى المنح العائلية فان الفترات المماثلة المقضاة بالدولة المتعاقدة الاخرى تؤخذ بعين الاعتبار .
- ( ٢ ) لاكتساب الحق فى المنح العائلية يعتبر الاجراء الذين يتقاضون منافع نقدية طبقا لتشريع التأمين على المرض أو التأمين ضد البطالة الجارى به العمل فى الدولة المتعاقدة كما لو كانوا مشغولين بالدولة التى ينظم تشريعها نظام صرف المنافع النقدية المسندة لهم .

الفصل الثالث و العشرون :

- طبقا لهذه الاتفاقية اذا توفرت فى العامل تباعا شروط اكتساب الحق فى المنح العائلية بعنوان تشريعات البلدين المتعاقدين خلال شهر من الرزنامة فان هذه المنح لا تسند بعنوان الشهر المذكور الا من قبل الدولة المتعاقدة التى كان تشريعها منطبقا مع بداية الشهر .

الفصل الرابع و العشرون :

- اذا توفرت فى طفل شروط اكتساب الحق فى المنح العائلية فى البلدين و ذلك طبقا لاحكام هذه لاتفاقية و لتشريعات البلدين المتعاقدين فلا تسند هذه المنح الا حسب تشريع الدولة المتعاقدة التى يقيم بها الطفل المعنى بالامر باستمرار .

الفصل الخامس والعشرون :

- لتطبيق هذا الباب يعتبر أطفالا الاشخاص المنتفعون بمنح عائلية طبقا للتشريع الجارى به العمل .

### العنوان الرابع : أحكام مختلفة

•••••

### الفصل السادس والعشرون:

- (١) تضبط السلطات المختصة بتسوية الترتيب الإداري ————— اللازمة لتطبيق هذه الاتفاقية • ويمكن إبرام هذه التسوية قبل دخول هذه الاتفاقية حيز التنفيذ غير أنها لا يمكن أن تدخل حيز التنفيذ قبل تاريخ بدء العمل بهذه الاتفاقية
- (٢) تقوم السلطات المختصة للدولتين المتعاقبتين ————— :  
(أ) تبادل جميع المعلومات المتعلقة بالتدابير المتخذة لتطبيق هذه الاتفاقية
- (ب) تبادل جميع المعلومات المتعلقة بالتحويلات التي تدخل على شريعها و التي من شأنها أن تمس بتطبيق هذه الاتفاقية
- (٣) تتبادل السلطات و المؤسسات المكلفة بتنفيذ هذه الاتفاقية يد المساعدة و تتصرف كما لو كان الأمر يتعلق بتطبيق تشريعها الخاص ويكون هذا التعاون الإداري بدون مقاييس
- (٤) لتطبيق هذه الاتفاقية يمكن لمؤسسات الدولتين المتعاقبتين أن تشمل فيما بينها مباشرة أو مع الأشخاص المعنيين بالأمر أو وكلاءهم
- (٥) لا يمكن لسلطات أو مؤسسات إحدى الدولتين المتعاقبتين أن ترفض المطالب أو الوثائق الأخرى التي توجه لها بدعوى أنها كتبت باللغة الرسمية للدولة المتعاقدة الأخرى •
- (٦) تجرى الاختبارات الطبية التي يقع القيام بها طبقاً لتشريع دولة متعاقدة على أشخاص مقيمين بصفة دائمة أو مؤقتة على تراب الدولة المتعاقدة الأخرى بطلب من المصالح المختصة ، على حسابها من طرف المؤسسة المختصة بمكان الإقامة الدائمة أو المؤقتة •
- (٧) في مادة الامانة العدلية تطبق مقتضيات القانون المعم

الفصل السابع والعشرون:

سعى الى تسهيل تطبيق هذه الاتفاقية و خاصة بغرض اقامة علاقات مبسطة و سريعة بين المؤسسات المختصة المتدخلة من الجانبين تتولى السلط المختصة احداث هياكل اتصال •

الفصل الثامن والعشرون :

(١) يسحب الانتفاع بالاعفاءات و التخفيضات فى الاداءات و التنازير و معاليم كتابة المحكمة أو التسجيل المنصوص عليها بتشريع احدى الدولتين المتعاقبتين للاوراق أو الوثائق التى ينبغى تقديمها طبقا لتشريعها ، على الاوراق و الوثائق المماثلة التى ينبغى تقديمها طبقا لمقتضيات هذه لاتفاقية أو لتشريع الدولة المتعاقدة الاخرى

(٢) جميع الرسوم و الوثائق و الاوراق المختلفة التى ينبغى تقديمها تطبيقا لهذه الاتفاقية ، تعفى من التعريف بالامضاء •

الفصل التاسع والعشرون :

(١) يجب أن تعتبر المطالب أو الاعلامات أو الدعاوى المقدمة طبقا لهذه الاتفاقية أو لتشريع دولة متعاقدة لدى سلطة أو مؤسسة أو هيكل آخر مختص لهذه الدولة كمطالب أو اعلامات أو دعاوى مقدمة لدى سلطة أو مؤسسة أو هيكل آخر مختص تابعاً للدولة المتعاقدة الاخرى •

(٢) ان تقديم مطلب فى المنافع طبقا لتشريع احدى الدولتين المتعاقبتين يوازى أيضا تقديم مطلب فى المنافع المناسبة طبقا لتشريع الدولة المتعاقدة الاخرى المأخوذة بعين الاعتبار وفق هذه الاتفاقية • و لا تنطبق هذه الاحكام اذا طلب المنتفع صراحة ارجاء تصفية جارية الشخوخة الراجعة له طبقا لتشريع الدولة المتعاقدة

(٣) تقبل المطالب أو الاعلامات أو الدعاوى التى كان ينبغى تقديمها طبقا لتشريع احدى الدولتين المتعاقبتين لسلطة أو مؤسسة أو هيكل آخر مختص تابعة لهذه الدولة فى أجل معين ، تقبل اذا ما وقع تقديمها الى سلطة أو مؤسسة أو هيكل آخر مختص تابعة للدولة المتعاقدة الاخرى فى نفس الاجل •

٤) في الحالات المنصوص عليها بالفقرات من (١) الى (٣) فان السلطة و المؤسسة أو الهيكل الذي تم اشعاره يحمل بدون تأخير هذه المطالب و التصاريح أو الطعون الى السلطة أو المؤسسة أو الهيكل المختص للدولة المتعاقدة الاخرى أما مباشرة و اما بواسطة السلطة المختصة للدولتين المتعاقدتين .

#### الفصل الثلاثون:

١) تسدد الهياكل المختصلا المنافع المستحقة طبقا لهذه الاتفاقية بعملتها الوطنية و يتم التحويل بقيمة العملة الجارى بها العمل عند تاريخ التحويل .

٢) تضبط مبالغ الاسترجاع المنصوص عليها بهذه الاتفاقية بعملة الدولة المتعاقدة للمؤسسة المختصة التي اسدت المنافع .

٣) يقع تحويل المبالغ الناتجة عن تطبيق هذه الاتفاقية طبقا للاجراءات المنصوص عليها بالتشريع الجارى به العمل فى هذا الميدان فى كل من الدولتين المتعاقدتين عند تاريخ التحويل .

#### الفصل الواحد و الثلاثون :

بالنسبة لاحكام القابلة للتنفيذ الصادرة عن السلط القضائية و كذلك الرسوم ذات الصيغة الرسمية القابلة للتنفيذ من قبل السلط و المؤسسات المختصة لدولة متعاقدة فى مادة الضمان الاجتماعى حسب الفصل ٢ فان الاتفاقية الموقعة بتاريخ ٢٣ جوان ١٩٧٧ بين جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية و المتعلقة بالاعتراف و تنفيذ الاحكام العدلية و الرسوم ذات الصيغة الرسمية فى المادة المدنية و التجارية، تطبق بالقياس .

#### الفصل الثاني و الثلاثون :

يمكن ان تحجز التسبقات المدفوعة من قبل مؤسسة مختصة لدولة متعاقدة من المتأخرات التى يذمة مزعسة الدولة المتعاقدة الاخرى بعنوان منفعة مماثلة اذا دفعت مؤسسة دولة متعاقدة مبلغا يفوق المبلغ الذى يستحقه المعنى بالامر و اذا كانت مؤسسة الدولة المتعاقدة

( ٢١ )

الأخرى مطالبة فيما بعد بتسديد منفعة مماثلة تتعلق بنفس الفترة ،  
فإن المبلغ الذى دفع زائدا من قبل الدولة المتعاقدة الأولى  
ينبغي اعتباره تسبقة على معنى الجملة الأولى و ذلك فسـى  
حدود مبلغ المتأخرات المحمولة على الدولة الثانية •

(٢) إذا تم تسديد منفعة من الرعاية الاجتماعية أو منفعة  
وقتية للتأمين ضد البطالة لفائدة منتفع فى دولة متعاقدة  
خلال فترة يكتسب فيها المعنى بالامر الحق فى منافع نقدية  
فإن المؤسسة المختصة أو الهيكل المسدد يتولى حجز متأخرات  
منفعة بعنوان نفس الفترة و ذلك بطلب من الهيكل المعنى  
ولحسابه ، فى حدود المنفعة التى وقع صرفها •

(٣) يقع الحجز المنصوص عليه فى الفقرتين (١) و (٢) طبقا  
لمقتضيات تشريع الدولة المتعاقدة المنطبق على المؤسسة المختصة التى  
تقوم بهذا الحجز •

#### الفصل الثالث و الثلاثون :

إذا كان لشخص يستحق منافع طبقا لتشريع دولة متعاقدة  
نتيجة ضرر حصل له على تراب البلد المتعاقد الآخر ، الحق  
فى مطالبة الغير بتعويض هذا الضرر طبقا لتشريع هذا البلد  
الآخر فإن المؤسسة المختصة للبلد الاول تحل محله فى المطالبة  
بالتعويض حسب التشريع الذى تطبقه •

#### الفصل الرابع و الثلاثون :

(١) يقع حل الخلافات المتعلقة بشرح أو تطبيق هذه الاتفاقية  
بالطرق الدبلوماسية و بطلب من دولة متعاقدة و فى مرحلة  
ثانية يمكن عرض الخلاف امام لجنة مشتركة تتكون من عـدد  
متساو من ممثلى السلطة المختصة للدولتين المتعاقدين و يمكن  
ان يضم كل وفد خيرا ، •

(٢) إذا لم تتسن تسوية خلاف بهذه الطريقة و بطلب من دولــــة متعاقدة يقع عرضه على لجنة تحكيم تتركب على النحو التالي:

أ - تعين كل من الدولتين المتعاقدتين حكما فى ظرف شهر من تاريخ استلام مطلب التحكيم و يختار الحكمان المعينان فى ظرف شهرين من اعلام الدولة المتعاقدة الاخيرة التى عينت حكمها ، حكما ثالثا من بلد آخر .

ب - فى صورة ما لم تعين احدى الدولتين المتعاقدتين حكما فى الاجل المحدد فانه بإمكان الدولة الاخرى ان تطلب من رئيس محكمة العدل الدولية تعيينه . و يعمل بنفس هذه القاعدة اذا لم يحصل بــــين الحكامين اتفاق بخصوص اختيار الحكم الاجنبى .

ج - غير انه فى صورة ما اذا كان رئيس محكمة العدل الدولية مواطنا من احدى الدولتين المتعاقدتين فان الوظائف المخولة له طبقا لهذا الفصل توكل حسب الترتيب التفاضلى الى نائب رئيس المحكمة أو الى أو عضو بالمحكمة لا يكون فى هذه الوضعية .

(٣) تقرر لجنة التحكيم باغلبية الاصوات و قراراتها ملزمة للدولتين المتعاقدتين . تتكفل كل من الدولتين المتعاقدتين بمصاريف الحكم الذى تعينه و توزع بقية المصاريف مناصفة بين الدولتين المتعاقدتين و تضبط لجنة التحكيم بنفسها اجراءاتها .

#### العنوان الخامس : أحكام انتقالية و نهائية =====

##### الفصل الخامس و الثلاثون :

(١) لا تخول هذه الاتفاقية أى حق فى دفع المنافع بالنسبة لفترة سابقة لتاريخ دخولها حيز التطبيق  
(٢) كل فترة تأمين تم قضاؤها فى ظل تشريع دولة متعاقدة قبل دخول هذه الاتفاقية حيز التطبيق تؤخذ بعين الاعتبار لضبط الحقوق فى المنافع المخولة طبقا لاحكام هذه الاتفاقية .

( ٢٣ )

(٣) دون اخلال بمقتضيات الفقرة (١) فان هذه الاتفاقية تنطبق أيضا على حالات التأمين الواقعة قبل دخولها حيز التطبيق وذلك طالما لم تتوعد الحقوق التي تمت تصفيتها الى اسناد رأس مال

و في هذه الحالات تسوى طبقا لاحكام هذه الاتفاقية

أ - المنافع المستحقة طبقا لهذه الاتفاقية فحسب و ذلك بطلب من المعنى بالامر و انطلاقا من تاريخ دخول الاتفاقية حيز التطبيق

ب - المنافع المسداة قبل دخول هذه الاتفاقية حيز التطبيق بطلب من المعنى بالامر

إذا وقع تقديم مطلب الضبط أو المراجعة في ظرف سنتين من تاريخ دخول هذه الاتفاقية حيز التطبيق تسند المنافع ابتداء من تاريخ العمل بهذه الاتفاقية و الا فبدائية من التاريخ المحدد طبقا لتشريع كل من الدولتين المتعاقدين.

(٤) أما عن الحقوق المنجزة عن تطبيق الفقرة (٣) فان المقتضيات المنصوص عليها بتشريعات كل من الدولتين المتعاقدين فيما يتعلق بافتقار الحق أو سقوطه بمرور الزمن لا يمكن أن تتم مجابهة المعنيين بالامر بها ، اذا تم تقديم المطلب المشار اليه بالفقرة (٣) في ظرف سنتين من تاريخ دخول هذه الاتفاقية حيز التطبيق .

و اذا تم تقديم المطلب بعد فوات هذا الاجل فان الحق في المنافع الذي لم يشمل الغاء أو سقوط بمرور الزمن يكتسب ابتداء من تاريخ المطلب الا اذا نص تشريع دولة متعاقدة على مقتضيات أفضل

(٥) ينطبق الفصل ٣٢ الفقرة (١) بالقياس على الحالات المشار اليها بالفقرة (٣) الفقرة الفرعية - ب -

### الفصل السادس والثلاثون :

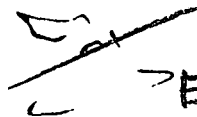
الحقوق المخولة طبقا للتشريع النمساوي لشخص أصيب بضـرر  
في مادة الضمان الاجتماعي لأسباب سياسية أو دينية أو عرقية  
لا تشملها هذه الاتفاقية .

### الفصل السابع والثلاثون :

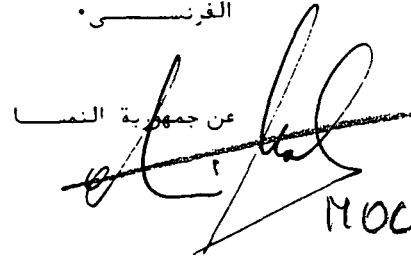
- (١) تتم المصادقة على هذه الاتفاقية و يقع تبادل وشائق  
التصديق عليها في أقرب الآجال بيننا
- (٢) تدخل هذه الاتفاقية حيز التطبيق في اليوم الأول من الشهر  
الثالث الموالي للشهر الذي يقع خلاله تبادل وشائق التصديق
- (٣) أبرمت هذه الاتفاقية لمدة غير محدودة و يمكن لكل من  
الدولتين المتعاقبتين نقضها بالطرق الدبلوماسية بعد انقضاء  
سنة مدنية على أن يقع الاعلام المسبق بذلك قبل ثلاثة اشهر
- (٤) في صورة النقص تبقى مقتضيات هذه الاتفاقية  
سارية المفعول على الحقوق المكتسبة ، بصرف النظر عن الاحكام  
التقيدية التي قد تقتضيها النظم المعنية في صورة اقامة متمتع بالخارج  
بموجب هذا أمضى المندوبان المفوضان للطرفين هذه الاتفاقية  
و وضعاً بها خاتميها .

حررت هذه الاتفاقية في تونس بتاريخ ١٤ ديسمبر ١٩٨٩  
في نسختين أصليتين باللغات العربية و الألمانية و الفرنسية و للنصوص  
الثلاثة قوة الزامية متساوية وعند الاختلاف في التفسير يعتمد النص  
الفرنسي .

عن الجمهورية التونسية

  
ESCHERIKH

عن جمهورية النمسا

  
MOCK

بـروتوكول نهائى  
لاتفاقية الضمان الاجتماعى

بين

جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية

عند توقيع الاتفاقية المتعلقة بالضمان الاجتماعى المبرمة  
بين جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية ، اتفق مفوضا  
الدولتين المتعاقدين على الاحكام التالية :

I ( بخصوص الفصل ٤ من الاتفاقية :

لا تمس هذه الاحكام :

أ - بقواعد توزيع الابعاء فى مادة التأمين المنصوص عليها  
باتفاقيات الدولتين المتعاقدين مع دول أخرى

ب - بتشريعات الدولتين المتعاقدين المتعلقة بتأمين الاشخاص  
المتخدمين لدى هيئة رسمية لاحدى الدولتين المتعاقدين ببلد  
آخر ، أو أعضاء هذه الهيئات

ج - بمقتضيات التشريع النمساوى المتعلق بالاخذ بعين الاعتبار  
لفترات الخدمة العسكرية اثناء الحرب و الفترات المشابهة لها

د - بمقتضيات التشريع النمساوى المتعلق بتمثيل المضمومين  
و الموءجرين لدى هياكل الموءسات و الجامعات و كذلك لدى  
المحاكم فى مادة الضمان الاجتماعى •

( ٢ )

( II ) بخصوص الفصل ٥ من الاتفاقية

طبقا للتشريع النمساوى فان هذه المقتضيات لا تنطبق على :

أ - المنحة التعويضية

ب - اجزاء المنافع النمساوية المستحقة بعنوانها

( ١ ) فترات التأمين المقررة طبقا للقانون الفيدرالى الموعود  
فى ٢٢ نوفمبر ١٩٦١ المتعلق بالحقوق فى المنافع أو الحقوق  
المحتملة فى مادة التأمين على الشيخوخة اشر ممارسة نشاط  
موءجر خارج النمسا أو

( ٢ ) فترات النشاط المستقلة المقررة خارج النمسا و فى  
تـــســـرـــاب المملكة النمساوية المجرية

( III ) بخصوص الفصل ١١ من الاتفاقية

فى الحالات المشار اليها بالفصل ٩ بالفقرة ( ٢ ) يحمل تسديد المنافع  
الممنوحة لاولى الحق فى التأمين على الشيخوخة النمساوى على  
مساهمات التأمين على المرض المدفوعة من قبل المنتفعين بجراية الى:  
Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

( IV ) بخصوص الفصول من ٢٠ الى ٢٢ من الاتفاقية

أ - لا يتوفر الحق فى المنح العائلية الا اذا كان التشغيل  
غير مخالف للمقتضيات الجارى بها العمل فى مادة تشغيل العمالة  
الاجانب

ب - لا يتوفر الحق فى المنح العائلية طبقا للتشريع النمساوى  
الا اذا كان الاشتغال بالنمسا بمتد على فترة ادناها شهر  
من الرزامة الجمليّة •

لا تنطبق مقتضيات الفصل ٢٢ ، الفقرة ( ١ ) المتعلقة بالتجميع فيما  
يتعلق بفترة التربص هذه •

( ٣ )

ج - لا يتوفر الحق في الانتفاع بالزيادة في المنحة العائلية  
المسندة طبقا للتشريع النمساوي الى الاطفال المعاقين ، الا اذا  
كان هؤلاء الاطفال مقيمين بصفة دائمة بالنمسا .

ان هذا البروتوكول النهائي جزء من اتفاقية الضمان الاجتماعي  
بين جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية و يدخل حيز التنفيذ  
في نفس تاريخ دخول الاتفاقية حيز التطبيق و يبقى ساري  
المفعول طوال سريان هذه الاخيرة .

بموجب هذا أمضى المندوبان المفوضان للطرفين هذا  
البروتوكول النهائي و وضعاه به خاتميهما .

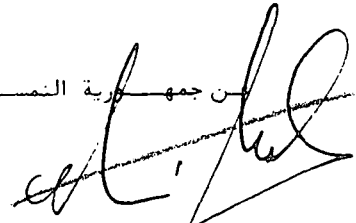
حرر هذا البروتوكول في تونس بتاريخ ١٤ ديسمبر 1989  
في نسختين أصليتين باللغات العربية و الالمانية و الفرنسية  
و للنصوص الثلاثة قوة الزامية متساوية و عند الاختلاف فـ  
التفسير يعتمد النص الفرنسي .

عن الجمهورية التونسية



ESCHÉIKH

عن جمهورية النمسا



MOCK

# CONVENTION ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE TUNISIENNE SUR LA SÉCURITÉ SOCIALE

Le Président Fédéral de la République d'Autriche  
et

Le Président de la République Tunisienne

animés du désir de régler les rapports réciproques entre les deux Etats dans le domaine de la sécurité sociale, ont résolu de conclure une Convention et, à cet effet, ont nommé pour leurs plénipotentiaires:

Le Président Fédéral de la République d'Autriche, Dr. Alois Mock, Ministre Fédéral des Affaires Etrangères et le Président de la République Tunisienne, Monsieur Abdelhamid Escheikh, Ministre des Affaires Etrangères lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

## TITRE I<sup>er</sup>

### DISPOSITIONS GENERALES

#### Article 1<sup>er</sup>

(1) Pour l'application de la présente Convention

1. le terme « Autriche » désigne la République d'Autriche, le terme « Tunisie » désigne la République Tunisienne;
2. le terme « territoire » désigne pour l'Autriche son territoire fédéral, pour la Tunisie le territoire de la République Tunisienne;
3. le terme « ressortissant » désigne pour l'Autriche ses nationaux, pour la Tunisie ses nationaux selon la loi tunisienne en cette matière;
4. le terme « législation » signifie les lois, règlements et dispositions statutaires qui se réfèrent aux branches de la sécurité sociale visées au paragraphe (1) de l'article 2;
5. le terme « autorité compétente » désigne en ce qui concerne l'Autriche les Ministres fédéraux chargés de l'application des législations visées au numéro 1 du paragraphe (1) de l'article 2, en ce qui concerne la Tunisie le Ministre des Affaires Sociales;
6. le terme « institution » désigne les organismes ou l'autorité auxquels incombe l'application, en tout ou en partie, des législations visées au paragraphe (1) de l'article 2;

7. le terme « institution compétente » désigne l'institution à laquelle l'assuré est affilié au moment de la demande de prestations ou de la part de laquelle il a droit à prestations ou aurait droit à prestations s'il résidait sur le territoire de l'Etat contractant où se trouve cette institution;

8. le terme « membre de famille » désigne un membre de famille d'après la législation en vigueur dans l'Etat contractant où se trouve le siège de l'institution à la charge de laquelle les prestations sont accordées;

9. les termes « prestations en espèces, rentes ou pensions » désignent une prestation en espèces, rente ou pension, y compris tous les éléments à charge des fonds publics, les majorations de revalorisation, allocations supplémentaires ainsi que les prestations en capital et les versements effectués à titre de remboursement des cotisations;

10. le terme « allocations familiales » désigne pour l'Autriche les allocations familiales, pour la Tunisie les allocations familiales.

(2) Pour l'application de la présente Convention, tous les autres termes ont la signification qui leur est attribuée dans les législations respectives.

#### Article 2

(1) La présente Convention s'applique aux législations concernant

1. en Autriche:
  - a) l'assurance-maladie,
  - b) l'assurance-accidents,
  - c) l'assurance-pension,
  - d) les allocations familiales;
2. en Tunisie:
  - a) l'assurance-maladie, maternité et décès,
  - b) l'assurance-accidents du travail et maladies professionnelles,
  - c) l'assurance-pension,
  - d) les allocations familiales.

(2) La présente Convention ne s'applique ni aux législations concernant une nouvelle branche de la sécurité sociale, ni aux systèmes d'indemnisation en faveur des victimes de guerre et de ses conséquences; elle ne s'applique pas non plus

en ce qui concerne l'Autriche à la législation sur l'assurance des notaires,

en ce qui concerne la Tunisie à la législation concernant les agents relevant du secteur public.

(3) Les dispositions légales résultant des accords internationaux conclus avec les Etats tiers ou qui servent à leur exécution, pour autant qu'elles ne contiennent pas de règles de répartition des charges

en matière d'assurance, n'entrent pas en considération dans les rapports entre les Etats contractants.

cette règle vaut également si le siège de l'employeur se trouve sur le territoire de l'autre Etat contractant.

### Article 3

(1) A moins qu'il n'en soit disposé autrement, la présente Convention est applicable aux ressortissants des Etats contractants ainsi qu'aux membres de leur famille et à d'autres personnes en ce qui concerne les droits dérivés des droits d'un ressortissant de l'un des Etats contractants.

(2) La présente convention ne s'applique ni aux agents diplomatiques ou consuls professionnels, ni au personnel administratif et technique des représentations diplomatiques et consulaires professionnelles des Etats contractants, ni aux membres de personnel de service de ces représentations, ni aux domestiques privés engagés exclusivement chez ces agents diplomatiques, consuls professionnels et membres de représentations dirigées par les consuls professionnels. La situation juridique de ces personnels est régie par les dispositions de la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques du 18 avril 1961 ou de la Convention de Vienne sur les relations consulaires du 24 avril 1963.

### Article 4

A moins que la présente Convention n'en dispose autrement, les ressortissants de chacun des deux Etats contractants sont assimilés aux ressortissants de l'autre Etat contractant pour l'application de la législation de celui-ci.

### Article 5

A moins qu'il n'en soit autrement disposé par la présente Convention, les prestations en espèces d'invalidité, de vieillesse ou de survivants, les rentes d'accident du travail ou de maladie professionnelle et les allocations au décès acquises au titre de la législation d'un Etat contractant ne peuvent subir aucune réduction, ni modification, ni suspension, ni suppression, ni confiscation du fait que le bénéficiaire séjourne ou réside sur le territoire de l'autre Etat contractant.

## TITRE II

### DISPOSITIONS DÉTERMINANT LA LÉGISLATION APPLICABLE

#### Article 6

Sous réserve des dispositions de l'article 7, l'obligation d'assurance est déterminée selon la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel l'activité professionnelle est exercée. En cas de l'exercice d'une activité professionnelle salariée,

### Article 7

(1) Le travailleur occupé par une entreprise ayant son siège sur le territoire d'un Etat contractant et qui est détaché sur le territoire de l'autre Etat contractant reste soumis à la législation du premier Etat contractant pendant les 24 premiers mois de calendrier de son occupation.

(2) Le travailleur qui est occupé par une entreprise d'aviation ayant son siège sur le territoire d'un Etat contractant et qui est détaché de ce territoire sur le territoire de l'autre Etat contractant reste soumis à la législation du premier Etat contractant.

(3) L'équipage d'un bâtiment maritime ainsi que d'autres personnes qui sont occupées d'une façon permanente sur un tel bâtiment, sont soumis à la législation de l'Etat contractant dont le bâtiment en question bat pavillon.

(4) Les personnes occupées par des services administratifs publics détachés du territoire d'un Etat contractant sur le territoire de l'autre Etat contractant, et le personnel qui selon la législation applicable leur est assimilé sont soumis à la législation de l'Etat contractant qui les occupe.

### Article 8

(1) Sur demande commune du travailleur salarié et de son employeur, les autorités compétentes des deux Etats contractants, en considération de la nature et des conditions de l'emploi, pourront convenir d'admettre l'exemption des dispositions des articles 6 et 7.

(2) Lorsque d'après le paragraphe (1) un travailleur salarié est soumis à la législation d'un des Etats contractants tout en exerçant son activité salariée sur le territoire de l'autre Etat contractant, la législation est applicable comme si l'intéressé exerçait cette activité sur le territoire du premier Etat contractant.

## TITRE III

### DISPOSITIONS PARTICULIERES

#### Chapitre 1<sup>er</sup>

#### Maladie et Maternité

#### Article 9

(1) Lorsque le titulaire de pensions dues en vertu de la législation des deux Etats contractants, réside sur le territoire d'un Etat contractant, les prestations en nature lui sont servies, ainsi qu'aux membres de sa famille, par l'institution du lieu de sa résidence,

comme s'il était titulaire d'une pension due en vertu de la seule législation de l'Etat contractant de résidence. Lesdites prestations sont à la charge de l'institution de l'Etat contractant de résidence.

(2) Lorsque le titulaire d'une pension due en vertu de la législation d'un seul des Etats contractants réside sur le territoire de l'autre Etat contractant, les prestations en nature sont servies à lui-même et aux membres de sa famille par l'institution du lieu de sa résidence comme s'il était titulaire d'une pension due en vertu de la législation de l'Etat contractant de sa résidence. Ces prestations sont à la charge de l'institution compétente de l'Etat contractant dans lequel l'institution débitrice de la pension a son siège.

#### Article 10

Les prestations en nature prévues par le paragraphe (2) de l'article 9 sont servies

En Autriche

par la « Gebietskrankenkasse » compétente respectivement pour le lieu de résidence de la personne intéressée,

En Tunisie

par la Caisse Nationale de Sécurité Sociale.

#### Article 11

(1) En ce qui concerne les prestations en nature servies dans les cas visés au paragraphe (2) de l'article 9, l'institution compétente est tenue de rembourser le montant desdites prestations.

(2) Après consultation des institutions intéressées les autorités compétentes peuvent convenir dans un souci de simplification administrative que les remboursements sur facture sont remplacés par des remboursements forfaitaires.

### Chapitre 2

#### Maladies Professionnelles

#### Article 12

(1) Les prestations en cas de maladie professionnelle susceptible d'être réparée en vertu de la législation des deux Etats contractants ne sont accordées qu'au titre de la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel l'emploi susceptible de provoquer une maladie professionnelle de cette nature a été exercé en dernier lieu, et sous réserve que l'intéressé remplisse les conditions prévues par cette législation.

(2) Dans les cas de la silicose et de l'asbestose les prestations en espèces, y compris les rentes, à verser conformément au paragraphe (1), sont remboursées à 50 % par l'institution de l'autre Etat contractant à

l'institution qui les a servies. Ceci ne vaut pas si la période d'activité accomplie dans l'autre Etat contractant susceptible de provoquer la silicose ou l'asbestose n'atteint pas 10 % de la période d'activité totale susceptible de provoquer la silicose ou l'asbestose dans les deux Etats contractants.

(3) Si la législation d'un Etat contractant subordonne le bénéfice des prestations de maladie professionnelle à la condition que la maladie ait été constatée médicalement pour la première fois sur le territoire de cet Etat contractant, cette condition est réputée remplie lorsque ladite maladie a été constatée pour la première fois sur le territoire de l'autre Etat contractant.

#### Article 13

Lorsque, en cas d'aggravation d'une maladie professionnelle, une personne qui a bénéficié ou qui bénéficie d'une réparation pour une maladie professionnelle en vertu de la législation d'un Etat contractant fait valoir, pour une maladie professionnelle de même nature, des droits à prestations, en vertu de la législation de l'autre Etat contractant, les règles suivantes sont applicables:

- a) Si la personne n'a pas exercé sur le territoire de ce dernier Etat contractant un emploi susceptible de provoquer la maladie professionnelle ou de l'aggraver, l'institution compétente du premier Etat contractant reste tenue de prendre à sa charge les prestations en vertu de sa propre législation, compte-tenu de l'aggravation.
- b) Si la personne a exercé sur le territoire de ce dernier Etat contractant un tel emploi, l'institution compétente du premier Etat contractant reste tenue de servir les prestations en vertu de sa propre législation, compte non tenu de l'aggravation; l'institution compétente de l'autre Etat contractant octroie à la personne une prestation dont le montant est déterminé selon la législation de ce second Etat contractant et qui est égal à la différence entre le montant de la prestation due après l'aggravation et le montant qui aurait été dû si la maladie, avant l'aggravation, s'était déclarée sur son territoire.

### Chapitre 3

#### Vieillesse, Invalidité et Décès

#### (Pensions)

#### Article 14

En vue de l'acquisition, du maintien ou du recouvrement du droit aux prestations, lorsqu'une personne a été soumise successivement ou alternativement à la législation des deux Etats contractants, les périodes d'assurance accomplies en vertu de la

législation de chacun des deux Etats contractants sont totalisées pour autant qu'elles ne se superposent pas. La question de savoir si et dans quelle mesure il faut tenir compte des périodes d'assurance est réglée conformément à la législation de l'Etat contractant sous le régime d'assurance duquel ces périodes ont été accomplies.

#### Article 15

(1) Les prestations auxquelles une personne ayant accompli les périodes d'assurance en vertu des législations des deux Etats contractants, ou les survivants de celle-ci peuvent prétendre, sont liquidées de la manière suivante:

- a) L'institution de chacun des deux Etats contractants détermine, d'après sa propre législation, si l'intéressé réunit les conditions requises pour avoir droit aux prestations prévues par cette législation, compte tenu de la totalisation des périodes visée à l'article 14.
- b) Si le droit est acquis, ladite institution détermine pour ordre le montant théorique de la prestation à laquelle l'intéressé aurait droit si toutes les périodes d'assurances à prendre en considération en vertu des législations des deux Etats contractants, avaient été prises en considération exclusivement sous sa propre législation. Si le montant de la prestation ne dépend pas de la durée des périodes d'assurance, ce montant est considéré comme montant théorique.
- c) Sur la base dudit montant, l'institution fixe le montant dû au prorata de la durée des périodes prises en considération sous ladite législation par rapport à la durée totale des périodes accomplies sous les législations des deux Etats contractants.
- d) Les bases de calcul ne sont établies que compte tenu des périodes d'assurance accomplies sous la législation nationale que l'institution applique.
- e) En cas d'application des alinéas b) et c) les périodes d'assurance qui se superposent sont à prendre en considération comme si elles ne se superposaient pas.

(2) Si les périodes d'assurance accomplies en vertu de la législation de l'un des Etats contractants n'atteignent pas dans leur ensemble douze mois, aucune prestation n'est accordée en vertu de ladite législation. Cette disposition devient sans objet si cette législation prévoit qu'un droit est acquis en vertu des périodes inférieures à cette période minimum.

(3) Les périodes visées au paragraphe (2) première phrase seront prises en compte par l'institution de l'autre Etat contractant, pour l'acquisition, le maintien et le recouvrement d'un droit à prestation et pour la détermination du

montant dû comme s'il s'agissait de périodes accomplies d'après sa propre législation.

#### Article 16

Les institutions autrichiennes appliquent les articles 14 et 15 d'après les règles suivantes:

1. Pour déterminer l'attribution à un régime et la compétence de ce régime, seules sont prises en considération les périodes d'assurance autrichienne.

2. Les dispositions des articles 14 et 15 ne sont pas applicables à la prime de fidélité des mineurs due au titre de l'assurance-pension autrichienne des mineurs.

3. En cas d'application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa a), sont considérées comme périodes neutres également les périodes pendant lesquelles l'assuré avait droit à une pension de vieillesse ou d'invalidité d'après la législation tunisienne.

4. En cas d'application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa b), les cotisations à l'assurance complémentaire, la prestation supplémentaire pour mineurs, le supplément d'impotence et l'indemnité compensatrice n'entrent pas en ligne de compte.

5. Si en cas d'application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), la durée totale des périodes d'assurance à prendre en considération en vertu des législations des deux Etats contractants dépasse la durée maximale prévue par la législation autrichienne pour la fixation du montant de majoration, la prestation partielle due est à calculer proportionnellement à la durée des périodes d'assurance à prendre en considération en vertu de la législation autrichienne et au maximum des mois d'assurance précité.

6. Pour le calcul du supplément d'impotence, l'article 15, paragraphe (1), alinéas b) et c), est applicable; l'article 19 est applicable par analogie.

7. Le montant calculé en application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), est augmenté le cas échéant de montants de majoration découlant des cotisations versées à l'assurance complémentaire, de la prestation supplémentaire pour mineurs, du supplément d'impotence et de l'indemnité compensatrice.

8. Si, selon la législation autrichienne, l'octroi des prestations de l'assurance-pension des ouvriers mineurs est subordonné à la condition que des activités d'ouvriers mineurs aient été effectivement exercées dans certaines entreprises définies selon cette législation, seules les périodes d'assurance tunisienne résultant d'une activité similaire accomplie dans une entreprise tunisienne sont prises en compte en vue de la totalisation.

9. Les versements spéciaux sont dûs au prorata de la prestation partielle autrichienne; l'article 19 est applicable par analogie.

**Article 17**

Les institutions tunisiennes appliquent les articles 14 et 15 d'après les règles suivantes:

1. En cas d'application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa b), première phrase, les cotisations pour l'assurance complémentaire n'entrent pas en ligne de compte.

2. Si en cas d'application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), la durée totale des périodes d'assurance à prendre en considération en vertu des législations des deux Etats contractants dépasse la durée maximale prévue par la législation tunisienne pour la fixation du montant de majoration, la prestation partielle due est calculée proportionnellement à la durée des périodes d'assurance à prendre en considération en vertu de la législation tunisienne et le maximum des mois d'assurance précité.

3. Le montant visé à l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), est augmenté le cas échéant du montant des majorations découlant des cotisations qui ont été versées à l'assurance complémentaire.

4. Lorsque l'assuré satisfait aux conditions requises pour avoir droit aux prestations, sans application des dispositions de l'article 14, l'institution tunisienne détermine le montant des prestations en fonction des seules périodes d'assurance accomplies sous la législation tunisienne.

**Article 18**

(1) Si l'intéressé ne remplit pas, à un moment donné, les conditions exigées par les législations des deux Etats contractants qui lui sont applicables, mais satisfait aux conditions d'une seule d'entre elles, sans qu'il soit nécessaire de faire appel aux périodes d'assurance accomplies sous la législation de l'autre Etat contractant, le montant de la prestation sera déterminé en vertu de la seule législation au regard de laquelle le droit est ouvert et compte tenu des seules périodes accomplies sous cette législation.

(2) Une prestation liquidée d'après les dispositions du paragraphe (1), est à réviser en application de l'article 15 lorsqu'il y a ouverture d'un nouveau droit à prestations d'après la législation de l'autre Etat contractant. Cette révision prend effet à partir de la date d'entrée en jouissance de la prestation d'après la législation dudit Etat contractant. La validité de décisions antérieures ne porte aucunement atteinte au caractère définitif de cette révision.

**Article 19**

Lorsqu'une personne peut prétendre à une prestation en vertu de la législation d'un Etat contractant, même compte non tenu de l'article 15, paragraphe (1), alinéa a), et lorsque le montant de

celle-ci dépasse le total des prestations calculées conformément à l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), la pension partielle à accorder par l'institution de cet Etat contractant se compose de la prestation partielle ainsi calculée, augmentée d'un complément égal à la différence entre le total des prestations calculées conformément à l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), et la prestation qui serait due si la législation de cet Etat contractant était seule applicable.

**Chapitre 4****Allocations familiales****Article 20**

(1) Les personnes exerçant une activité professionnelle salariée dans un Etat contractant ont droit aux allocations familiales d'après la législation de cet Etat contractant également pour les enfants qui ont leur résidence permanente dans l'autre Etat contractant.

(2) Pour l'ouverture du droit aux allocations familiales, les salariés sont considérés comme s'ils avaient leur domicile exclusivement dans l'Etat contractant où ils exercent l'activité professionnelle.

(3) Le droit aux allocations familiales autrichiennes n'est maintenu pour les enfants ayant leur résidence permanente en Tunisie, au delà de l'âge de 16 ans que s'ils poursuivent une formation scolaire.

**Article 21**

(1) Les allocations familiales accordées d'après la législation autrichienne à des enfants ayant leur résidence permanente en Tunisie, sont fixées à 818,— SA par mois et par enfant. Ce montant est augmenté ou diminué du même pourcentage que les allocations familiales versées pour un enfant en Autriche après le 1<sup>er</sup> janvier 1987.

(2) Pour les enfants ayant atteint l'âge de 10 ans et ayant leur résidence permanente en Tunisie, l'allocation familiale est augmentée de 120,— SA par mois à partir du début de l'année civile au cours de laquelle l'enfant aura atteint ses 10 ans. Ce montant est augmenté ou diminué selon le pourcentage appliqué en Autriche à partir du 1<sup>er</sup> janvier 1986 à l'augmentation ou la diminution du supplément à l'allocation familiale pour un enfant ayant atteint l'âge de 10 ans.

**Article 22**

(1) Si pour l'ouverture du droit aux allocations familiales la législation d'un Etat contractant prévoit certaines périodes de stage, les périodes équivalentes accomplies dans l'autre Etat contractant sont prises en compte.

(2) Pour l'ouverture du droit aux allocations familiales les salariés percevant des prestations en espèces d'après la législation sur l'assurance-maladie ou l'assurance-chômage d'un Etat contractant sont à considérer comme s'ils étaient employés dans l'Etat contractant dont la législation régit le service des prestations en espèces qui leur sont accordées.

#### Article 23

Si en application de la présente Convention une personne remplit successivement au cours d'un mois de calendrier les conditions pour l'ouverture du droit au titre des législations de l'un et de l'autre des Etats contractants, les allocations familiales sont accordées pour le mois en question seulement par l'Etat contractant dont la législation était applicable au début du mois.

#### Article 24

Si en application de la présente Convention et conformément aux législations des deux Etats contractants, les conditions sont remplies pour l'ouverture du droit aux allocations familiales pour un enfant dans les deux Etats contractants, les allocations familiales pour cet enfant ne sont accordées que d'après la législation de l'Etat contractant où l'enfant en question a sa résidence permanente.

#### Article 25

Pour l'application du présent chapitre sont considérées comme enfants les personnes pour lesquelles des allocations familiales sont prévues selon la législation applicable.

### TITRE IV

#### DISPOSITIONS DIVERSES

#### Article 26

(1) Les autorités compétentes fixeront dans un arrangement les mesures administratives nécessaires pour l'application de la présente Convention. Cet arrangement peut être conclu avant l'entrée en vigueur de la présente Convention; il ne pourra cependant entrer en vigueur au plus tôt qu'à la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention.

(2) Les autorités compétentes des deux Etats contractants

- a) se communiqueront toutes informations concernant les mesures prises pour l'application de la présente Convention;
- b) se communiqueront toutes les informations concernant les modifications de leur législation susceptibles de modifier l'application de la présente Convention.

(3) Pour l'application de la présente Convention, les autorités et les institutions des Etats contractants se prêteront leurs bons offices et agiront comme s'il s'agissait de l'application de leur propre législation. Cette entraide administrative est gratuite.

(4) Les institutions et les autorités des Etats contractants peuvent, aux fins de l'application de la présente Convention, communiquer directement les unes avec les autres ainsi qu'avec les personnes intéressées ou leurs mandataires.

(5) Les institutions et les autorités d'un Etat contractant ne peuvent rejeter les demandes ou autres documents qui leur sont adressés du fait qu'ils sont rédigés dans la langue officielle de l'autre Etat contractant.

(6) Les examens médicaux auxquels il est procédé par application de la législation d'un Etat contractant et qui s'appliquent à des personnes séjournant ou résidant sur le territoire de l'autre Etat contractant, sont, à la demande des services compétents, réalisés à leurs frais par l'institution du lieu de séjour ou de résidence.

(7) En matière d'assistance judiciaire, les dispositions y relatives de droit commun sont applicables.

#### Article 27

Afin de faciliter l'application de la présente Convention et notamment en vue de l'établissement de relations simples et rapides entre les institutions entrant en ligne de compte des deux côtés, les autorités compétentes procèdent à la création d'organismes de liaison.

#### Article 28

(1) Le bénéfice des exemptions ou réductions de taxes, de timbres, de droits de greffe ou d'enregistrement prévues par la législation d'un Etat contractant pour les pièces ou documents à produire en application de la législation de cet Etat contractant est étendu aux pièces et documents analogues à produire en applications de la présente convention ou de la législation de l'autre Etat contractant.

(2) Tous actes, documents et pièces quelconques à produire pour l'application de la présente Convention, sont dispensés de légalisation.

#### Article 29

(1) Les demandes, déclarations ou recours présentés en application de la présente Convention ou de la législation d'un Etat contractant, auprès d'une autorité, d'une institution ou d'un autre organisme compétent d'un Etat contractant, doivent

être considérés comme demandes, déclarations ou recours présentés auprès d'une autorité, d'une institution ou d'un autre organisme compétent de l'autre Etat contractant.

(2) Une demande de prestations présentée conformément à la législation de l'un des Etats contractants vaut également la demande d'une prestation correspondante visée par la présente Convention conformément à la législation de l'autre Etat contractant prise en considération par la présente Convention. Cette disposition n'est pas applicable, si le requérant demande expressément de surseoir à la liquidation d'une prestation de vieillesse qui serait acquise en vertu de la législation d'un Etat contractant.

(3) Les demandes, déclarations ou recours qui auraient dû être présentés en application de la législation d'un Etat contractant dans un délai déterminé auprès d'une autorité, d'une institution ou d'un autre organisme compétent de cet Etat contractant, sont recevables s'ils sont présentés dans le même délai auprès d'une autorité, d'une institution ou d'un autre organisme compétent de l'autre Etat contractant.

(4) Dans les cas prévus aux paragraphes (1) à (3) l'autorité, l'institution ou l'organisme ainsi saisi transmet sans retard ces demandes, déclarations ou recours à l'autorité, l'institution ou l'organisme compétent de l'autre Etat contractant, soit directement, soit par l'intermédiaire des autorités compétentes des deux Etats contractants.

#### Article 30

(1) Les organismes débiteurs de prestations en vertu de la présente Convention s'en libéreront valablement dans la monnaie de leur pays. La conversion est effectuée au cours du jour valable lors du transfert de la prestation.

(2) Les montants des remboursements prévus par la présente Convention seront libellés dans la monnaie de l'Etat contractant de l'institution qui a assuré le service des prestations.

(3) Les transferts que comporte l'exécution de la présente Convention auront lieu conformément aux accords, en cette matière, en vigueur dans les deux Etats contractants au moment du transfert.

#### Article 31

Pour les décisions exécutoires des instances judiciaires ainsi que les actes authentiques exécutoires des institutions et des autorités d'un Etat contractant en matière de sécurité sociale selon l'article 2 la Convention signée le 23 juin 1977 entre la République d'Autriche et la République Tunisienne relative à la reconnaissance et l'exécution des décisions judiciaires et des actes authentiques en matière civile et commerciale, est applicable par analogie.

#### Article 32

(1) Les avances payées par une institution d'un Etat contractant peuvent être retenues sur les arriérés d'une prestation correspondante due par une institution de l'autre Etat contractant pour la même période. Lorsque l'institution d'un Etat contractant a versé une prestation dépassant celle à laquelle l'intéressé a droit et lorsque l'institution de l'autre Etat contractant doit verser ultérieurement une prestation correspondante pour la même période, le montant dépassant la prestation due par le premier Etat contractant est à considérer comme avance au sens de la première phrase jusqu'à concurrence du montant des arriérés à verser par le second Etat contractant.

(2) Si une prestation de l'assistance sociale ou une prestation provisoire de l'assurance-chômage a été servie dans un Etat contractant à un bénéficiaire au cours d'une période pour laquelle le bénéficiaire avait droit à des prestations en espèces, l'institution obligée ou l'organisme payant retient, sur demande et pour le compte de l'organisme en question les arriérés d'une prestation relative à cette même période jusqu'à concurrence de la prestation payée.

(3) Les retenues prévues aux paragraphes (1) et (2) s'effectuent conformément aux dispositions de la législation de l'Etat contractant applicable à l'institution qui opère ces retenues.

#### Article 33

Lorsqu'une personne qui peut prétendre à des prestations selon la législation d'un Etat contractant pour un dommage survenu sur le territoire de l'autre Etat contractant a le droit de réclamer à un tiers la réparation de ce dommage en vertu de la législation de ce dernier Etat contractant l'institution du premier Etat contractant lui est substituée dans le droit à réparation selon la législation qu'elle applique.

#### Article 34

(1) Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention seront réglés par la voie diplomatique. Sur demande d'un Etat contractant et en second lieu le différend peut être soumis à une commission ad-hoc qui se composera, en nombre égal, de représentants des autorités compétentes des deux Etats contractants. Chaque délégation pourra comprendre des experts.

(2) Au cas où un différend ne pourrait être réglé de cette manière, il sera, sur demande d'un Etat contractant, soumis à un tribunal arbitral qui sera constitué de la manière suivante:

- a) Chacun des Etats contractants désignera un arbitre dans un délai d'un mois à partir de la date de réception de la demande d'arbitrage. Les deux arbitres ainsi nommés choisiront

dans un délai de deux mois après la notification de l'Etat contractant qui a désigné son arbitre le dernier, un troisième arbitre ressortissant d'un Etat tiers.

- b) Dans le cas où l'un des Etats contractants n'aura pas désigné d'arbitre dans le délai fixé, l'autre Etat contractant pourra demander au président de la Cour Internationale de Justice de le désigner. Il en sera de même, à la diligence de l'un ou l'autre Etat contractant à défaut d'entente sur le choix du tiers arbitre par les deux arbitres.
- c) Toutefois, au cas où le président de la Cour Internationale de Justice serait un ressortissant de l'un des Etats contractants, les fonctions qui lui sont dévolues par le présent article seront confiées selon l'ordre de préséance au vice-président de la Cour ou au premier membre de la Cour qui ne serait pas dans cette situation.

(3) Le tribunal arbitral statue à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires à l'encontre des deux Etats contractants. Chacun des Etats contractants prend à sa charge les frais afférents à l'arbitre qu'il désigne. Les autres frais sont répartis également entre les deux Etats contractants. Le tribunal arbitral fixe lui-même sa procédure.

## TITRE V

### DISPOSITIONS TRANSITOIRES ET FINALES

#### Article 35

(1) La présente Convention n'ouvre aucun droit au paiement de prestations pour une période antérieure à la date de son entrée en vigueur.

(2) Toute période d'assurance accomplie en vertu de la législation d'un Etat contractant avant la date d'entrée en vigueur de la présente Convention est prise en considération pour la détermination du droit aux prestations s'ouvrant conformément aux dispositions de la présente Convention.

(3) Sans préjudice des dispositions du paragraphe (1) la présente Convention s'applique également aux cas d'assurance survenus avant son entrée en vigueur pour autant que les droits antérieurement liquidés n'aient pas donné lieu à un règlement en capital. Dans ces cas sont liquidées d'après les dispositions de la présente Convention:

- a) les prestations dues seulement en vertu de cette Convention, sur demande de l'intéressé et à partir de l'entrée en vigueur de cette Convention,
- b) les prestations liquidées avant l'entrée en vigueur de la présente Convention sur demande de l'intéressé.

Si la demande en fixation ou révision est présentée dans un délai de deux ans à partir de la date d'entrée

en vigueur de la présente Convention les prestations sont accordées à partir de l'entrée en vigueur de la présente Convention, sinon à partir de la date déterminée suivant la législation de chacun des Etats contractants.

(4) Quant aux droits résultants de l'application du paragraphe (3), les dispositions prévues par les législations des deux Etats contractants en ce qui concerne la déchéance ou la prescription des droits ne sont pas opposables aux intéressés, si la demande visée au paragraphe (3) est présentée dans un délai de deux ans à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention. Si la demande est présentée après l'expiration de ce délai, le droit aux prestations qui n'est pas frappé de déchéance ou qui n'est pas prescrit est acquis à partir de la date de la demande, à moins que les dispositions plus favorables de la législation d'un Etat contractant ne soient applicables.

(5) L'article 32, paragraphe (1), sera applicable par analogie aux cas visés au paragraphe (3), alinéa b).

#### Article 36

Les droits revenant en vertu de la législation autrichienne à une personne qui pour des raisons politiques, de religion ou de race a subi un préjudice en matière de sécurité sociale, ne sont pas affectés par la présente Convention.

#### Article 37

(1) La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés aussitôt que possible à Vienne.

(2) La présente Convention prendra effet le premier jour du troisième mois qui suit le mois au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.

(3) La présente Convention est conclue pour une durée indéterminée. Chaque Etat contractant peut dénoncer par la voie diplomatique la présente Convention à l'expiration d'une année civile en respectant un délai de préavis de trois mois.

(4) En cas de dénonciation, les dispositions de la présente Convention resteront applicables aux droits acquis, nonobstant les dispositions restrictives que les régimes intéressés prévoient pour le cas de séjour à l'étranger d'un assuré.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires ont signé la présente Convention et l'ont revêtu de leur sceau.

FAIT A Tunis le 4 décembre 1989 en deux exemplaires originaux faisant également foi, chaque exemplaire étant rédigé en langues allemande, arabe et française. En cas de divergence d'interprétation

entre les textes allemand et arabe, le texte français prévaut.

Pour la République d'Autriche:

**Mock**

Pour la République Tunisienne:

**Escheikh**

#### PROTOCOLE FINAL

#### A LA CONVENTION ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE TUNISIENNE SUR LA SÉCURITÉ SOCIALE

Au moment de procéder à la signature de la Convention sur la Sécurité Sociale entre la République d'Autriche et la République Tunisienne, les Plénipotentiaires des deux Etats contractants sont convenus des dispositions suivantes:

##### I. Au sujet de l'article 4 de la Convention:

Cette disposition ne porte pas atteinte

- a) aux règles de répartition des charges en matière d'assurance prévues dans les accords entre les Etats contractants avec des Etats tiers;
- b) aux législations des deux Etats contractants relatives à l'assurance des personnes employées auprès d'une représentation officielle d'un des deux Etats contractants dans un Etat tiers ou des membres de ces représentations;
- c) aux dispositions de la législation autrichienne relative à la prise en compte de périodes de service militaire de guerre et de périodes qui leur sont assimilées;
- d) aux dispositions de la législation autrichienne relative à la représentation des assurés et des employeurs dans les organes des institutions et des fédérations ainsi que dans les juridictions en matière de sécurité sociale.

##### II. Au sujet de l'article 5 de la Convention:

Conformément à la législation autrichienne, cette disposition ne se réfère pas

- a) à l'indemnité compensatrice;
- b) aux parties de la prestation autrichienne dues en fonction
  - i) des périodes d'assurance accomplies conformément à la loi fédérale du 22 novembre 1961 relative aux droits à prestations et aux expectatives en matière d'assurance-pension par suite d'une

activité salariée à l'extérieur de l'Autriche ou

- ii) des périodes d'activité indépendante accomplies à l'extérieur de l'Autriche sur le territoire de l'ancienne monarchie austro-hongroise.

##### III. Au sujet de l'article 11 de la Convention:

Dans les cas visés à l'article 9 paragraphe (2) le remboursement des prestations accordées aux ayants-droit de l'assurance-pension autrichienne est à effectuer à charge des cotisations d'assurance-maladie des pensionnés perçues par le « Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ».

##### IV. Au sujet des articles 20 à 22 de la Convention:

- a) Le droit aux allocations familiales n'existe que si l'occupation n'est pas contraire aux prescriptions en vigueur en matière d'occupation des travailleurs étrangers.
- b) Le droit aux allocations familiales d'après la législation autrichienne n'existe que si l'occupation en Autriche s'étend sur une durée d'au moins un mois de calendrier entier. Les dispositions de l'article 22 paragraphe (1) concernant la totalisation ne sont pas appliquées en ce qui concerne cette période de stage.
- c) Le droit à une majoration de l'allocation familiale accordée selon la législation autrichienne pour des enfants handicapés, n'existe que si ces enfants ont leur résidence permanente en Autriche.

Ce protocole final fait partie intégrante de la Convention entre la République d'Autriche et la République Tunisienne sur la Sécurité Sociale. Il entre en vigueur à la même date que la Convention et reste en vigueur aussi longtemps que celle-ci.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires ont signé le présent protocole final et l'ont revêtu de leur sceau.

FAIT A Tunis le 4 décembre 1989 en deux exemplaires originaux faisant également foi, chaque exemplaire étant rédigé en langues allemande, arabe et française. En cas de divergence d'interprétation entre les textes allemand et arabe, le texte français prévaut.

Pour la République d'Autriche:

**Mock**

Pour la République Tunisienne:

**Escheikh**

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 12. Dezember 1990 ausgetauscht; das Abkommen tritt daher gemäß seinem Art. 37 Abs. 2 mit 1. März 1991 in Kraft.

**Vranitzky**

**34.**

**VEREINBARUNG  
ZUR DURCHFÜHRUNG DES ABKOM-  
MENS ZWISCHEN DER REPUBLIK  
ÖSTERREICH UND DER TUNESI-  
SCHEN REPUBLIK ÜBER SOZIALE  
SICHERHEIT**

Auf Grund des Artikels 26 Absatz 1 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit vom 4. Dezember 1989\*) haben die zuständigen Behörden, und zwar

für die Republik Österreich:  
der Bundesminister für Arbeit und Soziales und  
der Bundesminister für Umwelt, Jugend und  
Familie,

für die Tunesische Republik:  
der Minister für soziale Angelegenheiten,

zur Durchführung des Abkommens folgendes vereinbart:

**ABSCHNITT I****ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN****Artikel 1****Begriffsbestimmungen**

(1) Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit vom 4. Dezember 1989 wird in der Folge als „Abkommen“ bezeichnet.

(2) Die im Artikel 1 des Abkommens festgelegten Ausdrücke werden in dieser Vereinbarung in derselben Bedeutung verwendet, die ihnen im genannten Artikel gegeben wird.

**Artikel 2****Verbindungsstellen**

(1) Verbindungsstellen nach Artikel 27 des Abkommens sind

in Österreich

für die Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung:

der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger,

für die Familienbeihilfe:

das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie,

in Tunesien

für die Kranken-, Mutterschafts- und Sterbegeldversicherung, die Arbeitsunfall- und Berufskrankheitenversicherung sowie für die Familienbeihilfe:

die Staatliche Kasse für Soziale Sicherheit,  
für die Pensionsversicherung:  
die Kasse für Alters-, Invaliditäts- und  
Hinterbliebenenversicherung.

(2) Den Verbindungsstellen obliegen die in dieser Vereinbarung festgelegten Aufgaben. Im übrigen gelten für sie die Bestimmungen des Artikels 26 Absätze 3 und 4 des Abkommens entsprechend.

(3) Die Verbindungsstellen haben die zur Durchführung dieser Vereinbarung erforderlichen Formblätter festzulegen.

**ABSCHNITT II**

**ANWENDUNG DER BESTIMMUNGEN ÜBER  
DIE ANZUWENDENDEN  
RECHTSVORSCHRIFTEN**

**Artikel 3****Entsendungen**

(1) In den Fällen des Artikels 7 Absatz 1 des Abkommens hat der Dienstnehmer dem in Betracht kommenden Träger eine Entsendebescheinigung vorzulegen.

(2) Die Entsendebescheinigung ist auf Ersuchen des Dienstnehmers oder seines Dienstgebers

in Österreich

vom zuständigen Träger der Krankenversicherung,

in Tunesien

von der Staatlichen Kasse für Soziale Sicherheit auszustellen.

**ABSCHNITT III**

**ANWENDUNG DER BESONDEREN  
BESTIMMUNGEN AUF DIE EINZELNEN  
LEISTUNGSARTEN**

**Kapitel 1****Krankheit und Mutterschaft****Artikel 4****Gewährung von Sachleistungen an Pensionisten**

(1) Für die Durchführung des Artikels 9 Absatz 2 des Abkommens hat der Pensionist dem nach Artikel 10 des Abkommens in Betracht kommenden Träger zum Nachweis des Pensionsanspruches eine Bescheinigung vorzulegen. Diese Bescheinigung ist vom zuständigen Träger des Vertragsstaates auszustellen, nach dessen Rechtsvorschriften die Pension geschuldet wird.

(2) Der Pensionist oder seine Familienangehörigen haben den nach Artikel 10 des Abkommens in Betracht kommenden Träger von jeder Änderung in ihren Verhältnissen zu unterrichten, die den Anspruch auf Sachleistungen berühren könnte,

\*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 33/1991

insbesondere von jedem Ruhen oder Wegfallen der Pension und von jedem Wohnortwechsel.

(3) Der nach Artikel 10 des Abkommens in Betracht kommende Träger hat den Träger, der die Bescheinigung nach Absatz 1 ausgestellt hat, von jeder Veränderung in den Verhältnissen des Pensionisten und seiner Familienangehörigen zu unterrichten, die den Leistungsanspruch berühren könnte. Der zur Zahlung der Pension verpflichtete Träger hat seinerseits den nach Artikel 10 des Abkommens in Betracht kommenden Träger von solchen Änderungen zu unterrichten.

## Kapitel 2

### Berufskrankheiten

#### Artikel 5

##### Rentenanträge

Anträge auf Renten aus einer Versicherung gegen Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten eines der Vertragsstaaten können bei dem Träger des nicht zuständigen Vertragsstaates auf dem Formblatt, das dieser Träger verwendet, eingebracht werden. Der Antrag ist unverzüglich dem zuständigen Träger zu übermitteln.

#### Artikel 6

##### Berufskrankheiten

(1) Stellt der zuständige Träger des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die betreffende Person zuletzt eine Tätigkeit ausgeübt hat, welche die betreffende Berufskrankheit verursachen kann, fest, daß die betreffende Person oder ihre Hinterbliebenen die Voraussetzungen der von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht erfüllen, so gilt folgendes:

- a) Der genannte Träger hat die Anzeige und alle beigefügten Unterlagen sowie eine Abschrift der nachstehenden Mitteilung unverzüglich dem zuständigen Träger des anderen Vertragsstaates, in dessen Gebiet die betreffende Person vorher eine Beschäftigung ausgeübt hat, welche die betreffende Berufskrankheit hätte verursachen können, zu übermitteln.
- b) Er hat gleichzeitig der betreffenden Person seine Entscheidung über die Ablehnung mitzuteilen, wobei er insbesondere die für das Entstehen des Leistungsanspruches fehlenden Voraussetzungen sowie die Rechtsbehelfe und Rechtsmittelfristen sowie die Übermittlung der Anzeige an den Träger des anderen Vertragsstaates anzugeben hat.

(2) Im Falle der Einbringung eines Rechtsmittels gegen die Ablehnung seitens des zuständigen Trägers des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die betreffende Person zuletzt jene Tätigkeit ausgeübt hat, die die betreffende Berufskrankheit hätte hervorrufen können, hat dieser Träger den Träger des anderen Vertragsstaates zu unterrichten und

ihm in der Folge die endgültige Entscheidung mitzuteilen.

#### Artikel 7

##### Erstattung der Aufwendungen für Leistungen in Fällen von Silikose und Asbestose

Der nach Artikel 12 Absatz 1 des Abkommens in Betracht kommende Träger hat in den Fällen des Artikels 12 Absatz 2 des Abkommens den in Betracht kommenden Träger des anderen Vertragsstaates unverzüglich über einen Leistungsantrag zu unterrichten. In der Folge haben diese Träger einvernehmlich festzustellen, ob eine teilweise Aufwandserstattung für Geldleistungen zu erfolgen hat.

#### Artikel 8

##### Verschlimmerung von Berufskrankheiten

In den im Artikel 13 des Abkommens vorgesehenen Fällen hat die betreffende Person dem Träger des Vertragsstaates, bei dem sie den Anspruch auf Leistungen geltend macht, alle Auskünfte über die vorher für die betreffende Berufskrankheit gewährten Leistungen zu erteilen. Dieser Träger kann sich wegen aller von ihm für erforderlich gehaltenen Auskünfte an jeden anderen Träger wenden, der vorher zuständig war.

#### Artikel 9

##### Verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrolle

Die verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrolle sowie die für eine Neubemessung der Renten erforderlichen ärztlichen Untersuchungen werden auf Ersuchen des zuständigen Trägers durch den Träger des Wohnortes der betreffenden Person nach den von diesem Träger anzuwendenden Rechtsvorschriften durchgeführt. Der zuständige Träger ist jedoch weiterhin berechtigt, die Untersuchung der betreffenden Person durch einen Arzt seiner Wahl durchführen zu lassen.

#### Artikel 10

##### Zahlung von Renten

Die zuständigen Träger haben Renten direkt an die Anspruchsberechtigten zu zahlen. Für die Zahlung gelten jene Fälligkeitsfristen, die der leistungspflichtige Träger auf Grund der von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften anzuwenden hat.

#### Artikel 11

##### Statistiken

Die zuständigen Träger haben der für sie in Betracht kommenden Verbindungsstelle eine jährlich zu erstellende Statistik über die in dem anderen Vertragsstaat nach Artikel 10 vorgenommenen

Zahlungen zu übermitteln. Diese Statistiken sind von den Verbindungsstellen auszutauschen.

### Kapitel 3

#### Alter, Invalidität und Tod

#### Artikel 12

##### Pensionsanträge

(1) Für den Bezug von Pensionen nach Abschnitt III Kapitel 3 des Abkommens hat die betreffende Person, sofern sie in Österreich oder Tunesien wohnt, bei dem Träger ihres Wohnortes einen Antrag zu stellen, und zwar in der Art und Weise, die in den Rechtsvorschriften, die dieser Träger anzuwenden hat, vorgeschrieben ist.

(2) Wohnt die betreffende Person in einem Drittstaat, so hat sie ihren Antrag an den zuständigen Träger desjenigen Vertragsstaates zu richten, nach dessen Rechtsvorschriften sie zuletzt versichert war.

(3) Die Anträge dürfen auch dann nicht zurückgewiesen werden, wenn sie von der betreffenden Person unmittelbar dem zuständigen Träger im Nichtwohnortstaat oder einer der beiden Verbindungsstellen übermittelt werden.

#### Artikel 13

##### Einreichung der Pensionsanträge

Der Antrag nach Artikel 12 ist auf dem Formblatt zu stellen, das der zuständige Träger verwendet, bei dem der Antrag eingebracht wird. Dem Antrag sind die erforderlichen Nachweise beizufügen.

#### Artikel 14

##### Bearbeitung der Pensionsanträge

(1) Wird bei einem zuständigen Träger ein Antrag eingebracht, auf den Abschnitt III Kapitel 3 in Verbindung mit Artikel 29 Absatz 2 des Abkommens anzuwenden ist, so ist der zuständige Träger des anderen Vertragsstaates hierüber unter Verwendung eines Formblattes unverzüglich zu unterrichten. Die Übermittlung dieses Formblattes ersetzt die Übermittlung von Nachweisen.

(2) Die zuständigen Träger haben in der Folge einander auch die sonstigen für eine Leistungsfeststellung oder Leistungsänderung erheblichen Tatsachen, gegebenenfalls unter Beifügung ärztlicher Gutachten, mitzuteilen.

(3) Die zuständigen Träger haben einander unverzüglich über die Entscheidungen im Feststellungsverfahren zu unterrichten.

#### Artikel 15

##### Feststellung des Grades der Invalidität

Der zuständige Träger hat bei der Feststellung des Grades der Invalidität die vom Träger des

anderen Vertragsstaates erhaltenen ärztlichen Unterlagen und Berichte sowie die verwaltungsmäßigen Auskünfte zu berücksichtigen. Der erste Träger ist jedoch weiterhin berechtigt, die betreffende Person durch einen Arzt seiner Wahl und unter den nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften vorgesehenen Voraussetzungen untersuchen zu lassen.

#### Artikel 16

##### Verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrolle

(1) Die verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrolle von Pensionisten ist auf Verlangen des leistungspflichtigen Trägers durch den Träger des Wohnortstaates des Pensionisten nach den von diesem letztgenannten Träger anzuwendenden Rechtsvorschriften durchzuführen.

(2) Wird auf Grund einer verwaltungsmäßigen Kontrolle oder der Anfrage des leistungspflichtigen Trägers festgestellt, daß der Bezieher einer Pension eines der beiden Vertragsstaaten im anderen Vertragsstaat wieder eine Arbeit angenommen hat, so hat der Träger dieses Vertragsstaates dem leistungspflichtigen Träger einen Bericht zu übermitteln.

#### Artikel 17

##### Einbehaltung von Nachzahlungen

Bei Durchführung des Artikels 32 des Abkommens hat der Träger, der Vorschüsse, Vorschüssen gleichzusetzende Mehrleistungen, Leistungen der Sozialhilfe oder vorläufige Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung gewährt, den Träger des anderen Vertragsstaates hievon in Kenntnis zu setzen. Die von letzterem einbehaltenen Nachzahlungsbeträge sind unverzüglich an den forderungsberechtigten Träger zu überweisen.

#### Artikel 18

##### Zahlung von Pensionen, Statistiken

Auf Pensionen sind die Artikel 10 und 11 entsprechend anzuwenden.

### Kapitel 4

#### Familienbeihilfen

#### Artikel 19

##### Familienstandsbescheinigung

(1) Zur Erlangung der Familienbeihilfen nach den Artikeln 20 bis 25 des Abkommens hat der Dienstnehmer dem zuständigen Träger einen Antrag mit einer Familienstandsbescheinigung vorzulegen. Die Familienstandsbescheinigung hat zu enthalten:

- a) die persönlichen Daten des Dienstnehmers,
- b) den Vor- und Familiennamen sowie das Geburtsdatum des Ehegatten des Dienstnehmers,

- c) die Vor- und Familiennamen der Kinder,
- d) die Geburtsdaten und den Familienstand der Kinder,
- e) das Kindschaftsverhältnis der Kinder zum Dienstnehmer,
- f) den Ort des ständigen Aufenthaltes der Kinder,
- g) ob die Kinder, wenn sie nicht zum Haushalt des Dienstnehmers gehören, von ihm überwiegend erhalten werden, und
- h) sofern die Kinder ein eigenes Einkommen haben, die Höhe dieses Einkommens.

(2) Zur Gültigkeit der Familienstandsbescheinigung nach Absatz 1 ist unter der Eintragung des zuletzt angeführten Kindes ein Schlußstrich zu ziehen und darunter die Gesamtzahl der ausgewiesenen Kinder in Worten anzugeben.

(3) Die Gültigkeitsdauer der Familienstandsbescheinigung nach Absatz 1 beträgt ein Jahr ab dem Tag ihrer Ausstellung.

(4) Die Familienstandsbescheinigung nach Absatz 1 ist

in Österreich

von den Finanzämtern,

in Tunesien

von der Staatlichen Kasse für Soziale Sicherheit

auszustellen.

#### Artikel 20

##### Schulbestätigung

(1) Der Dienstnehmer hat zur Erlangung der österreichischen Familienbeihilfe nach Artikel 20 Absatz 3 des Abkommens für Kinder, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und sich in Schulausbildung befinden, neben der Familienstandsbescheinigung nach Artikel 19 auch eine Bestätigung der Schule vorzulegen. Diese Bestätigung ist von der Staatlichen Kasse für Soziale Sicherheit gegenzuzeichnen.

(2) Der Dienstnehmer hat zur Erlangung der tunesischen Familienbeihilfe neben der Familienstandsbescheinigung nach Artikel 19 auch eine Bestätigung der Schule vorzulegen, sofern eine Schulausbildung Voraussetzung für den Anspruch auf Familienbeihilfe ist. Diese Bestätigung ist von den österreichischen Finanzämtern gegenzuzeichnen.

#### ABSCHNITT IV

##### FINANZIELLE BESTIMMUNGEN

#### Artikel 21

##### Erstattung von Sachleistungen

(1) Die Kosten der von einem im Artikel 10 des Abkommens bezeichneten Träger nach Artikel 9

Absatz 2 des Abkommens gewährten Leistungen sind diesem vom zuständigen Träger unter Zugrundelegung des tatsächlichen Betrages, der sich aus der Rechnungsführung des die Leistung erbringenden Trägers ergibt, zu erstatten.

(2) Für die Erstattung dürfen keine höheren Sätze berücksichtigt werden als jene, die für Sachleistungen an Personen gelten, die den von dem Träger anzuwendenden Rechtsvorschriften unterliegen, der Leistungen nach Absatz 1 gewährt hat.

(3) Für die Durchführung des Artikels 11 des Abkommens ist der Anspruch auf Erstattung für jedes Kalenderhalbjahr geltend zu machen und binnen zwei Monaten nach Eingang der Forderung zu erfüllen.

#### Artikel 22

##### Erstattung der Kosten ärztlicher Untersuchungen

Aus der Anwendung des Artikels 26 Absatz 6 des Abkommens entstandene Kosten für ärztliche Untersuchungen sind dem Träger, der hiemit beauftragt wurde, nach den für ihn geltenden Sätzen von dem Träger, für dessen Rechnung sie durchgeführt wurden, zu erstatten.

#### ABSCHNITT V

##### SCHLUSSBESTIMMUNG

#### Artikel 23

##### Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt gleichzeitig mit dem Abkommen in Kraft.

GESCHEHEN zu Wien, am 10. Dezember 1990, in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei alle drei Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Falle abweichender Auslegung zwischen dem deutschen und dem arabischen Text ist der französische Text maßgebend.

Für den Bundesminister für Arbeit und Soziales:

**Dr. Schuh e. h.**

Für den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie:

**Dr. Wohlmann e. h.**

Für den Minister für soziale Angelegenheiten:

**Blel e. h.**

**تسوية ادارية**  
**تتعلق بكيفية تطبيق الاتفاقية المبرمة**  
**بين**  
**جمهورية النمسا والجمهورية التونسية**  
**حول الضمان الاجتماعي**

تطبيقا للفقرة 1 من الفصل 26 للاتفاقية المبرمة بين جمهورية النمسا  
والجمهورية التونسية حول الضمان الاجتماعي بتاريخ 4 ديسمبر 1989 فان السلطات  
المختصة، المثلة من طرف :

- عن جمهورية النمسا :

الوزير الفيدرالي للشغل والشؤون الاجتماعية

والوزير الفيدرالي للمحيط والشباب والعائلة

- عن الجمهورية التونسية :

وزير الشؤون الاجتماعية

قررتا المقتضيات التالية لتطبيق هذه الإتفاقية :

## العتوان الاول

أحكام عامة

### الفصل الأول :

التعريفات :

- ( 1 ) تسمى الاتفاقية المبرمة بين جمهورية النمسا والجمهورية التونسية حول الضمان الاجتماعي بتاريخ 4 ديسمبر 1989 فيما سيأتي " الاتفاقية "
- ( 2 ) تستعمل الكلمات التي وقع تعريفها بالفصل الأول من الاتفاقية حسب نفس المعنى الذي أسند لها بالفصل المذكور.

### الفصل الثاني :

هيئات الاتصال :

- ( 1 ) طبقا للفصل 27 من الاتفاقية فان هيئات الاتصال هي :

- في النمسا :

بالنسبة للتأمين على المرض والحوادث والجرايات : الجامعة المركزية للهيكل  
النمساوية للتأمين الإجتماعي

بالنسبة للمنح العائلية : وزارة المحيط والشباب والعائلة

- في تونس :

بالنسبة للتأمين على المرض والأمومة والوفاة والتأمين ضد حوادث الشغل  
والأمراض المهنية والمنح العائلية : الصندوق القومي للضمان الإجتماعي (ص ق ض ا)  
بالنسبة للتأمين على الشيخوخة : صندوق التأمين على الشيخوخة والعجز  
والباقيين على قيد الحياة (كافيس ) .

- (2) ان هيئات الاتصال مكلفة بالقيام بالمهام التي عهد بها لها بمقتضى هذه التسوية وعلاوة على هذه المشمولات فان مقتضيات الفصل 26 الفقرتين 3 و 4 من الاتفاقية تطبق بالقياس على هذه الهيئات .
- (3) تتفق هيئات الاتصال فيما بينها على المطبوعات اللازمة لتطبيق هذه التسوية .

## العنوان الثاني

تطبيق المقتضيات الخاصة بالتشريع المنطبق

### الفصل الثالث:

#### اللاحق :

- (1) في الحالات المشار اليها بالفصل 7، فقرة 1 من الاتفاقية فان العامل مطالب بتقديم شهادة اللاحق للمؤسسة المعنية .
- (2) ينبغي أن تسلم شهادة اللاحق بناء على طلب العامل أو

مؤجره

في النمسا

من طرف المؤسسة المختصة للتأمين على المرض

في تونس

من طرف الصندوق القومي للضمان الاجتماعي

## العتوان الثالث

تطبيق المقتضيات الخاصة بمختلف أصناف المنافع

### الباب الاول

مرض وأمومة

#### الفصل الرابع:

اسناد المنافع العينية لصاحب الجراية :

- (1) لتطبيق الفصل 9، فقرة 2، من الاتفاقية فإن صاحب الجراية مطالب بتقديم شهادة الى المؤسسة المشار اليها بالفصل 10 من الاتفاقية تثبت حقه في الانتفاع بجراية . ويجب أن تسلم هذه الشهادة من قبل المؤسسة المختصة للدولة المتعاقدة التي افتتح الحق في الانتفاع بالجراية طبقاً لتشريعها .
- (2) يجب على صاحب الجراية أو أفراد أسرته، اعلام المؤسسة المختصة المشار اليها بالفصل 10 من الاتفاقية بكل تغيير يطرأ على وضعيتهم من شأنه تغيير حقهم في المنافع العينية وخاصة بكل تعليق أو الغاء للجراية وكذلك بكل تغيير في الإقامة .
- (3) يجب أن تقوم المؤسسة المشار اليها بالفصل 10 من الاتفاقية باعلام المؤسسة التي سلمت الشهادة المنصوص عليها بالفقرة (1) بكل تغيير حاصل في وضعية صاحب الجراية وأفراد أسرته من شأنه أن يؤثر على حقهم في المنافع . ويجب أن تعلم المؤسسة المدينة أيضا المؤسسة المشار اليها بالفصل 10 من الاتفاقية بمثل هذه التغييرات .

## الباب الثاني

### الأمراض المهنية

#### الفصل الخامس:

##### مطالب الجراية :

يمكن أن تقدم مطالب الجراية بعنوان التأمين ضد حوادث الشغل والأمراض المهنية لاحدى الدولتين المتعاقدين الى مؤسسة الدولة الاخرى غير المختصة بواسطة المطبوعات التي تستعملها هذه الأخيرة. ويجب أن يحال هذا المطلب بدون تأخير الى المؤسسة المختصة .

#### الفصل السادس :

##### أمراض مهنية :

( ا ) عندما تتبين المؤسسة المختصة للدولة المتعاقدة التي يكون المعني بالأمر قد مارس النشاط الذي قد يكون سببا في حصول المرض المهني آخر مرة على ترابها، أن المعني بالأمر أو أولي الحق منه لا يستجيبون للشروط المنصوص عليها بالتشريع الذي تطبقه يجب عليها :

( أ ) أن تحيل بدون تأخير الى المؤسسة المختصة للدولة المتعاقدة الأخرى التي يكون المعني بالأمر قد مارس سابقا نشاطا قد يتسبب في حصول المرض المهني المعتبر على ترابها ، التصريح والوثائق المصاحبة وكذلك نسخة من الاعلام المشار اليه أسفله .

( ب ) أن تبلغ في نفس الوقت المعني بالأمر بقرار الرفض الذي ينبغي أن توضح فيه خاصة الشروط التي لم تتوفر لافتتاح الحق في المنافع وطرق وأجال الطعن وحالة تصريحه الى مؤسسة الدولة المتعاقدة الأخرى .

(2) في صورة القيام بالطعن في قرار الرفض الذي اتخذته المؤسسة المختصة للدولة المتعاقدة التي يكون المعني بالأمر قد مارس النشاط الذي قد يكون سببا في حصول المرض المهني آخر مرة على ترابها ، فإن هذه المؤسسة مطالبة بإعلام مؤسسة الدولة المتعاقدة الأخرى بذلك وإبلاغها فيما بعد بالقرار النهائي الذي تم إعماله .

### الفصل السابع :

تسديد المنافع في حالات التصلب الرئوي والحرير

#### الصخري:

في الحالات المشار إليها بالفصل 12 ، الفقرة 2 ، يجب على المؤسسة المشار إليها بالفصل 12 ، الفقرة 1 ، من الاتفاقية أن تعلم بدون تأخير المؤسسة المعنية في الدولة المتعاقدة الأخرى بمطلب في المنافع وينبغي على هذه المؤسسات أن تتيين فيما بعد باتفاق مشترك بينهما ، ما إذا كان هنالك استحقاق لتسديد جزئي للمنافع النقدية .

### الفصل الثامن :

#### تعمّر الأمراض المهنية :

في الحالات المشار إليها بالفصل 13 من الاتفاقية ينبغي على المعني بالأمر أن يقدم لمؤسسة الدولة المتعاقدة التي يطلب منها تمكينه من حقوقه في المنافع ، كل الارشادات المتعلقة بالمنافع الممنوحة سابقا بعنوان المرض المهني المعترف . ويمكن لهذه المؤسسة أن تتوجه الى أية مؤسسة أخرى كانت مختصة سابقا قصد الحصول على الارشادات التي تراها لازمة .

## الفصل التاسع :

### المراقبة الطبية والادارية :

إن المراقبة الطبية والإدارية وكذلك الفحوص الطبية اللازمة لمراجعة الجرايات يجب أن يقع القيام بها بطلب من المؤسسة المختصة من قبل مؤسسة الدولة المتعاقدة التي يوجب المعنى بالأمر على ترابها، وذلك طبقاً للأساليب المنصوص عليها بالتشريع الذي تطبقه هذه المؤسسة الأخيرة غير أن المؤسسة المختصة تحتفظ بإمكانية القيام بفحص المعنى بالأمر من قبل طبيب من اختيارها.

## الفصل العاشر :

### دفع الجرايات :

تدفع المؤسسات المختصة الجرايات مباشرة للمتفعين ويتم التسديد في الأجل المنصوص عليها بتشريع الدولة المتعاقدة الذي تكون المؤسسة المدينة مكلفة بتطبيقه.

## الفصل الحادي عشر:

### احصائيات

توافي المؤسسات المختصة سنوياً هيئة الاتصال التي ترجع لها بالنظر بإرشادات احصائية تتعلق بالوفوعات التي تم صرفها بالدولة المتعاقدة الأخرى طبقاً للفصل 10 وتتبادل هيئات الاتصال فيما بينها تلك الارشادات .

## **الباب الثالث**

شيخوخة، عجز، وفاة

### **الفصل الثاني عشر:**

مطالب الجراية :

- (1) للانتفاع بجراية طبقا للعنوان الثالث ، الباب الثالث من الاتفاقية ينبغي على المعني بالأمر المقيم بتونس أو بالنمسا أن يوجه مطلباً الى مؤسسة مكان الإقامة طبقاً للأساليب المنصوص عليها بالتشريع الذي تطبقه هذه المؤسسة.
- (2) اذا كان المعني بالأمر مقيماً بتراب دولة أخرى فيجب أن يوجه مطلبه الى المؤسسة المختصة في بلد الدولتين المتعاقبتين التي كان العامل مضموناً آخر مرة طبقاً لتشريعها.
- (3) تقبل المطالب اذا كانت موجهة من قبل المعني بالأمر سواء مباشرة الى المؤسسة المختصة بتراب آخر غير مكان الإقامة أو الى إحدى هيئات الاتصال .

### **الفصل الثالث عشر:**

تقديم مطالب الجراية :

- يجب أن يقدم المطلب المشار اليه بالفصل 12 على المطبوعة المستعملة من قبل المؤسسة المختصة الموجه لها. ويجب أن يرفق هذا المطلب بالوثائق المثبتة المطلوبة.

## الفصل الرابع عشر:

### تكوين مطالب الجراية:

- (1) عند اتصالها بمطلب ينطبق عليه العنوان الثالث . الباب 3 وله علاقة بالفصل 29 ، الفقرة (2) من الاتفاقية يجب على المؤسسة المختصة أن تقوم بدون تأخير باعلام المؤسسة المختصة بالدولة المتعاقدة الأخرى بواسطة مطبوعة. وينبغي ارسال هذه المطبوعة عن احوالة الوثائق المثبتة .
- (2) تتبادل المؤسسات المختصة ايضا فيما بعد كل المعطيات الصالحة لتحديد وتغيير المنفعة عند الضرورة باضافة الشهاد الطبية .
- (3) تتبادل المؤسسات المختصة بدون تأخير القرارات المتخذة المتعلقة بتحديد المنفعة.

## الفصل الخامس عشر :

### تحديد نسبة العجز:

لتحديد نسبة العجز يجب أن تأخذ المؤسسة المختصة بعين الاعتبار الوثائق والتقارير الطبية وكذلك الارشادات ذات الصبغة الادارية المجمعة من قبل مؤسسة الدولة المتعاقدة الأخرى غير أن المؤسسة الأولى تحتفظ بإمكانية القيام بفحص المعني بالأمر من قبل طبيب من اختيارها وذلك حسب الشروط المنصوص عليها بالتشريع الذي تطبقه .

## الفصل السادس عشر:

### المراقبة الطبية والادارية :

- (1) ان المراقبة الطبية والادارية لأصحاب الجرايات يجب أن يقع القيام بها بطلب من المؤسسة المدينة من قبل مؤسسة الدولة المتعاقدة التي يقيم بها المنتفع بالجراية وذلك طبقا للتشريع الذي تطبقه هذه المؤسسة الأخيرة.
- (2) اذا تبين على اثر اجراء مراقبة ادارية أو بطلب من المؤسسة المدينة أن المنتفع بجراية من احدى الدولتين المتعاقدين قد استأنف العمل بالدولة المتعاقدة الأخرى، يجب أن يتم توجيه تقرير الى المؤسسة المدينة من قبل مؤسسة هذه الدولة المتعاقدة الأخيرة.

## الفصل السابع عشر :

### حجز المتأخرات :

لتطبيق الفصل 32 من الاتفاقية فان المؤسسة التي تمنح تسبقات وتسند منافع تكميلية مشابهة للتسبقات أو منافع مساعدة اجتماعية أو منفعة وقتية للتأمين ضد البطالة تعلم مؤسسة الدولة المتعاقدة الأخرى بذلك وتحال بدون تأخير المبالغ المحبوزة على المتأخرات من قبل هذه المؤسسة الأخيرة الى المؤسسة الدائنة .

## الفصل الثامن عشر:

### دفع الجرايات - احصائيات - :

ينطبق الفصلان 10 و11 بالمثل على الجرايات

## الباب الرابع

### المنح العائلية

#### الفصل التاسع عشر :

#### شهادة الحالة العائلية :

( ١ ) قصد الانتفاع بالمنح العائلية طبقا للفصول من 20 الى 25 من الاتفاقية على العامل أن يقدم للمؤسسة المختصة مطلبا مصحوبا بشهادة في الحالة العائلية .

وينبغي أن تبين شهادة الحالة العائلية :

( أ ) المعطيات الشخصية للعامل

( ب ) الاسم واللقب وكذلك تاريخ ولادة قرين العامل

( ج ) اسماء وألقاب الأبناء

( د ) تواريخ الولادة والوضعية العائلية الأبناء

( هـ ) علاقة القرابة بين الأطفال والعامل

( و ) الإقامة الدائمة للأطفال

( ز ) ما اذا كان الأطفال غير المنتمين للأسرة المشتركة للعامل

أساسا في كفالة العامل

( ح ) ما اذا كان للأطفال دخل خاص ومبلغ هذا الدخل

( 2 ) لصوحية شهادة الحالة العائلية المنصوص عليها بالفقرة ( ١ )

ينبغي رسم خط نهائي تحت ترسيم آخر طفل مذكور كما يجب بيان العدد الجملي

للأطفال المشار اليهم بلسان القلم أسفل الخط النهائي .

(3) مدة صلاحية شهادة الحالة العائلية المنصوص عليها بالفقرة

(1) سنة واحدة بداية من يوم تسليمها

(4) يجب أن تسلم شهادة الحالة العائلية المنصوص عليها

بالفقرة (1)

في تونس :

من قبل الصندوق القومي للضمان الإجتماعي

في النمسا

من قبل مصالح المالية

**الفصل العشرون :**

شهادة الحضور المدرسية :

(1) قصد الانتفاع بالمنح العائلية النمساوية وطبقا للفصل 20

الفقرة (3) من الاتفاقية عن أطفال تجاوزوا سن 16 عاما ويواصلون تكوينهم الدراسي،

على العامل أن يقدم علاوة على شهادة الحالة العائلية المنصوص عليها بالفصل 19

شهادة حضور مدرسية ويجب أن تكون هذه الشهادة موقعة رسميا من قبل الصندوق

القومي للضمان الاجتماعي (ص ق ض ا).

(2) قصد الانتفاع بالمنح العائلية التونسية على العامل أن يقدم

علاوة على شهادة الحالة العائلية المنصوص عليها بالفصل 19، شهادة حضور مدرسية

عندما يكون اسناد المنح العائلية مشروطا بمواصلة تكوين دراسي.

ويجب أن تكون هذه الشهادة موقعة رسميا من قبل مصالح المالية

النمساوية

## العنوان الرابع

### أحكام مالية

#### الفصل الواحد والعشرون :

##### تسديد المنافع العينية :

( 1 ) يجب أن تسدد المصاريف المعروضة من قبل مؤسسة منصوص عليها بالفصل 10 من الاتفاقية في الحالات المشار إليها بالفصل 9، الفقرة 2، لفائدتها من قبل المؤسسة المختصة على قاعدة المصاريف المدفوعة فعليا مثلما تبرز من خلال حسابية المؤسسة التي قامت بتقديم المنافع .

( 2 ) لا يمكن أن تؤخذ بعين الاعتبار في التسديد التعريفات الأكثر ارتفاعا من تلك المنطبقة على المنافع العينية المسداة للأشخاص الخاضعين للتشريع المطبق من قبل المؤسسة التي قدمت المنافع المشار إليها بالفقرة ( 1 ) .

( 3 ) قصد تطبيق الفصل ( 11 ) من الاتفاقية يجب تقديم الديون كل ستة أشهر ويجب أن يتم التسديد في أجل شهرين موالين للاتصال بالاعلام بالدين .

#### الفصل الثاني والعشرون :

##### تسديد مصاريف الفحوص الطبية

يجب أن تسدد المصاريف الناجمة عن تطبيق الفصل 26، الفقرة 6 من الاتفاقية، المتعلقة بالفحوص الطبية من قبل المؤسسة التي وقع القيام بهذه الفحوص الطبية لحسابها، لفائدة المؤسسة التي كلفت بإجرائها على أساس التعريفات التي تد

## العنوان الخامس

أحكام نهائية

### الفصل الثالث والعشرون :

تدخل هذه التسوية حيز التنفيذ في نفس التاريخ الذي تدخل فيه الاتفاقية حيز التنفيذ.

حرر بفيينا في ١٥ ديسمبر ١٩٩٠

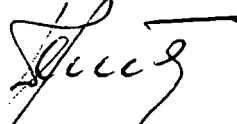
في نظريتين بكل من اللغات الألمانية والعربية والفرنسية والنصوص الثلاثة موثوق بها وعند الاختلاف في التفسير يعتمد النص الفرنسي

عن وزير الشؤون الاجتماعية



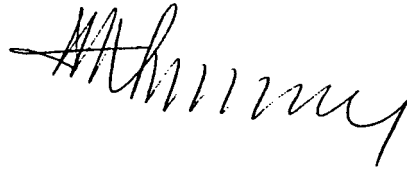
عن الوزير الفيدرالي

للشغل والشؤون الاجتماعية



عن الوزير الفيدرالي

للمحيط والشباب والعائلة



# **ARRANGEMENT** **ADMINISTRATIF RELATIF AUX MODALITÉS D'APPLICATION DE LA CONVENTION ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE TUNISIENNE SUR LA SÉCURITÉ SOCIALE**

En application de l'article 26, paragraphe (1), de la Convention entre la République d'Autriche et la République Tunisienne sur la Sécurité Sociale du 4 Décembre 1989 autorités compétentes, à savoir:

pour la République d'Autriche:

Le Ministre fédéral du Travail et des Affaires Sociales et Le Ministre fédéral de l'Environnement, de la Jeunesse et de la Famille,

pour la République Tunisienne:

Le Ministre des Affaires Sociales,

ont arrêté les dispositions suivantes pour l'application de ladite Convention.

## **TITRE I<sup>er</sup>**

### **DISPOSITIONS GÉNÉRALES**

#### **Article 1<sup>er</sup>**

##### Définitions

(1) La Convention entre la République d'Autriche et la République Tunisienne sur la Sécurité Sociale du 4 Décembre 1989 sera dénommée ci-après « la Convention ».

(2) Les termes définis à l'article 1<sup>er</sup> de la Convention s'emploient dans le présent Arrangement dans le même sens qu'à l'article précité.

#### **Article 2**

##### Organismes de liaison

(1) Les organismes de liaison selon l'article 27 de la Convention sont

en Autriche

pour l'assurance-maladie, -accidents et -pension:  
la Fédération Principale des Institutions Autrichiennes d'assurance Sociale,  
pour les allocations familiales:  
le Ministère de l'Environnement, de la Jeunesse et de la Famille,

en Tunisie

pour l'assurance-maladie, maternité et décès, pour l'assurance-accidents du travail et maladies professionnelles et les allocations familiales:  
la Caisse Nationale de Sécurité Sociale (C.N.S.S.),  
pour l'assurance-pension:  
la Caisse d'Assurance Vieillesse Invalidité et Survivants (CAVIS).

(2) Les organismes de liaison accomplissent les missions qui leur sont dévolues par le présent Arrangement. Outre ces attributions, les dispositions de l'article 26, paragraphes (3) et (4), de la Convention s'appliquent par analogie à ces organismes.

(3) Les organismes de liaison s'entendront sur les formulaires nécessaires à la mise en application du présent Arrangement.

## **TITRE II**

### **APPLICATION DES DISPOSITIONS DETERMINANT LA LEGISLATION APPLICABLE**

#### **Article 3**

##### Détachements

(1) Dans les cas visés à l'article 7, paragraphe (1), de la Convention, le travailleur est tenu de présenter à l'institution concernée un certificat de détachement.

(2) Le certificat de détachement doit être délivré sur demande du travailleur ou de son employeur en Autriche

par l'institution compétente d'assurance-maladie; en Tunisie  
par la Caisse Nationale de Sécurité Sociale (C.N.S.S.).

## **TITRE III**

### **APPLICATION DES DISPOSITIONS PARTICULIÈRES AUX DIFFÉRENTES CATEGORIES DE PRESTATIONS**

#### **Chapitre 1<sup>er</sup>**

##### Maladie et maternité

#### **Article 4**

##### Service des Prestations en Nature au Pensionné

(1) Pour l'application de l'article 9, paragraphe (2), de la Convention, le pensionné est tenu de présenter une attestation à l'institution visée à l'article 10 de la Convention certifiant qu'il a droit à une pension. Cette attestation doit être délivrée par l'institution compétente de l'Etat contractant au titre de la législation duquel la pension est due.

(2) Le pensionné ou les membres de sa famille sont tenus d'informer l'institution visée à l'article 10 de la Convention de tout changement dans leur situation susceptible de modifier le droit aux prestations en nature, notamment toute suspension ou suppression de la pension et tout transfert de leur résidence.

(3) L'institution visée à l'article 10 de la Convention doit aviser l'institution qui a délivré l'attestation prévue au paragraphe (1) de toute modification intervenue dans la situation du pensionné et des membres de sa famille susceptible d'affecter le droit aux prestations. L'institution débitrice de la pension doit informer également l'institution visée à l'article 10 de la Convention de tels changements.

## Chapitre 2

### Maladies Professionnelles

#### Article 5

##### Demandes de rente

Les demandes de rente présentées au titre de l'assurance-accidents du travail ou maladies professionnelles de l'un des Etats contractants peuvent être adressées à l'institution de l'Etat autre que l'Etat contractant compétent au moyen du formulaire utilisé par cette institution. La demande doit être transmise sans retard à l'institution compétente.

#### Article 6

##### Maladies professionnelles

(1) Lorsque l'institution compétente de l'Etat contractant sur le territoire duquel l'intéressé a occupé en dernier lieu l'emploi susceptible de provoquer la maladie professionnelle considérée constate que l'intéressé ou ses survivants ne satisfont pas aux conditions de la législation qu'elle applique, ladite institution:

- a) doit transmettre sans retard à l'institution compétente de l'autre Etat contractant sur le territoire duquel l'intéressé a précédemment occupé un emploi susceptible de provoquer la maladie professionnelle considérée, la déclaration et les pièces qui l'accompagnent ainsi qu'une copie de la notification visée ci-dessous;
- b) doit notifier simultanément à l'intéressé sa décision de rejet dans laquelle elle doit indiquer notamment les conditions qui font défaut pour l'ouverture du droit aux prestations, les voies et délais de recours et la transmission de sa déclaration à l'institution de l'autre Etat contractant.

(2) En cas d'introduction d'un recours contre la décision de rejet prise par l'institution compétente de l'Etat contractant sur le territoire duquel l'intéressé a occupé en dernier lieu l'emploi susceptible de provoquer la maladie professionnelle considérée, cette institution est tenue d'en informer l'institution de l'autre Etat contractant et de lui faire connaître ultérieurement la décision définitive intervenue.

#### Article 7

##### Remboursement des prestations dans les cas de la silicose et de l'asbestose

Dans les cas visés à l'article 12, paragraphe (2), l'institution visée à l'article 12, paragraphe (1), de la Convention doit informer sans retard l'institution concernée de l'autre Etat contractant d'une demande de prestation. Ces institutions, agissant de concert l'une avec l'autre, doivent constater ensuite si un remboursement partiel pour les prestations en espèces est dû.

#### Article 8

##### Aggravation des maladies professionnelles

Dans les cas visés à l'article 13 de la Convention, l'intéressé est tenu de fournir à l'institution de l'Etat contractant auprès de laquelle il fait valoir des droits à prestations tous renseignements relatifs aux prestations accordées antérieurement pour la maladie professionnelle considérée. Cette institution peut s'adresser à toute autre institution qui a été compétente antérieurement, pour obtenir les renseignements qu'elle estime nécessaires.

#### Article 9

##### Contrôle médical et administratif

Le contrôle médical et administratif, ainsi que les examens médicaux nécessaires à la révision des rentes doivent être effectués, à la demande de l'institution compétente, par l'institution de l'Etat contractant sur le territoire duquel se trouve l'intéressé selon les modalités prévues par la législation que cette dernière institution applique. Toutefois, l'institution compétente conserve la faculté de faire procéder à l'examen de l'intéressé par un médecin de son choix.

#### Article 10

##### Paie des rentes

Les institutions compétentes versent les rentes directement aux bénéficiaires. Le paiement a lieu aux échéances prévues par la législation de l'Etat contractant que l'institution débitrice est chargée d'appliquer.

#### Article 11

##### Statistiques

Les institutions compétentes font parvenir annuellement à l'organisme de liaison dont elles relèvent des renseignements statistiques concernant les paiements versés dans l'autre Etat contractant conformément à l'article 10. Les organismes de liaison échangent lesdits renseignements.

**Chapitre 3****Vieillesse, Invalidité et Décès****Article 12****Demandes de pension**

(1) Pour bénéficier d'une pension conformément au titre III, chapitre 3, de la Convention, l'intéressé résidant en Autriche ou en Tunisie est tenu d'adresser une demande à l'institution du lieu de sa résidence, selon les modalités prescrites par la législation qu'applique cette institution.

(2) Lorsque l'intéressé réside sur le territoire d'un Etat tiers, il est tenu d'adresser sa demande à l'institution compétente de celui des Etats contractants sous la législation duquel le travailleur était assuré en dernier lieu.

(3) Les demandes sont recevables si elles sont adressées par l'intéressé soit directement à l'institution compétente du territoire autre que le territoire de résidence, soit à l'un ou l'autre des organismes de liaison.

**Article 13****Présentation des demandes de pension**

La demande visée à l'article 12 doit être établie sur le formulaire utilisé par l'institution compétente à laquelle elle est adressée. Elle doit être accompagnée des pièces justificatives requises.

**Article 14****Instruction des demandes de pension**

(1) Saisie d'une demande, à laquelle s'applique le Titre III, Chapitre 3, en rapport avec l'article 29, paragraphe (2), de la Convention l'institution compétente doit en informer sans retard celle de l'autre Etat contractant au moyen d'un formulaire; l'envoi de ce formulaire remplace la transmission des pièces justificatives.

(2) Les institutions compétentes se communiquent également par la suite toutes les données utiles à la fixation et à la modification de la prestation, au besoin en y ajoutant les attestations médicales.

(3) Les institutions compétentes se communiquent sans retard des décisions prises concernant la détermination de la prestation.

**Article 15****Détermination du degré d'invalidité**

Pour déterminer le degré d'invalidité, l'institution compétente doit prendre en considération les documents et rapports médicaux ainsi que les renseignements d'ordre administratif recueillis par l'institution de l'autre Etat contractant. Toutefois, la

première institution conserve la faculté de faire procéder à l'examen de l'intéressé par un médecin de son choix et dans les conditions prévues par la législation qu'elle applique.

**Article 16****Contrôle médical et administratif**

(1) Le contrôle médical et administratif des pensionnés doit être effectué à la demande de l'institution débitrice par les soins de l'institution de l'Etat contractant de résidence du pensionné selon la législation que cette dernière institution applique.

(2) Lorsqu'à la suite d'un contrôle administratif, ou à la demande de l'institution débitrice, il a été constaté que le bénéficiaire d'une pension de l'un des deux Etats contractants avait repris le travail dans l'autre Etat contractant, un rapport doit être adressé à l'institution débitrice par l'institution de ce dernier Etat contractant.

**Article 17****Retenues des arriérés**

Pour l'application de l'article 32 de la Convention, l'institution qui consent des avances, sert des prestations complémentaires assimilables à des avances ou des prestations d'assistance sociale ou une prestation provisoire de l'assurance-chômage, en avise l'institution de l'autre Etat contractant. Les sommes retenues par cette dernière institution sur les rappels d'arrérages sont transférées sans retard, à l'institution créancière.

**Article 18****Paiement des pensions, statistiques**

Les articles 10 et 11 sont applicables par analogie aux pensions.

**Chapitre 4****Allocations familiales****Article 19****Attestation d'état de famille**

(1) Pour bénéficier des allocations familiales en vertu des articles 20 à 25 de la Convention, le travailleur doit présenter une demande avec une attestation d'état de famille à l'institution compétente. L'attestation d'état de famille doit indiquer:

- a) les données personnelles du travailleur,
- b) le prénom et le nom ainsi que la date de naissance du conjoint du travailleur,
- c) les prénoms et les noms des enfants,
- d) les dates de naissance et la situation de famille des enfants,
- e) le lien de parenté des enfants avec le travailleur,

- f) la résidence permanente des enfants,
- g) si les enfants, qui ne font pas partie du ménage commun du travailleur, sont principalement à la charge du travailleur,
- h) et, si les enfants ont un revenu propre, le montant de ce revenu.

(2) Pour la validité de l'attestation d'état de famille prévue au paragraphe (1), un trait final doit être mis au-dessous de l'inscription de l'enfant cité en dernier et le nombre total des enfants mentionnés doit être indiqué en toutes lettres au-dessous du trait final.

(3) La durée de validité de l'attestation d'état de famille prévue au paragraphe (1) est d'une année à compter du jour de sa délivrance.

(4) L'attestation d'état de famille prévue au paragraphe (1) doit être délivrée

en Autriche

par les Services des Finances,

en Tunisie

par la Caisse Nationale de Sécurité Sociale (C.N.S.S.).

#### Article 20

##### Certificat de présence scolaire

(1) Pour bénéficier des allocations familiales autrichiennes en vertu de l'article 20, paragraphe (3), de la Convention, pour des enfants au delà de l'âge de 16 ans, qui poursuivent une formation scolaire, le travailleur doit présenter, outre l'attestation d'état de famille prévue à l'article 19, un certificat de présence scolaire. Ce certificat doit être contresigné par la Caisse Nationale de Sécurité Sociale (C.N.S.S.).

(2) Pour bénéficier des allocations familiales tunisiennes, le travailleur doit présenter, outre l'attestation d'état de famille prévue à l'article 19, un certificat de présence scolaire lorsque le service des allocations familiales est subordonné à la poursuite d'une formation scolaire. Ce certificat doit être contresigné par les Services des Finances autrichiens.

#### TITRE IV

##### DISPOSITIONS FINANCIÈRES

#### Article 21

##### Remboursement des prestations en nature

(1) Les frais exposés par une institution prévue à l'article 10 de la Convention, dans les cas visés à

l'article 9, paragraphe (2), de la Convention, doivent être remboursés à celle-ci par l'institution compétente sur la base des frais réellement engagés, tels qu'ils ressortent de la comptabilité de l'institution qui a affectué le service des prestations.

(2) Des tarifs supérieurs à ceux qui sont applicables aux prestations en nature servies aux personnes soumises à la législation appliquée par l'institution ayant servi les prestations visées au paragraphe (1) ne peuvent être pris en compte pour le remboursement.

(3) Pour l'application de l'article 11 de la Convention, il y a lieu de présenter les créances semestriellement. Le remboursement doit intervenir dans un délai de deux mois suivant la réception de la créance.

#### Article 22

##### Remboursement des frais d'examens médicaux

Les frais résultant de l'application de l'article 26, paragraphe (6), de la Convention, relatif aux examens médicaux doivent être remboursés à l'institution qui en a été chargée, sur la base du tarif qu'elle applique, par l'institution pour le compte de laquelle les examens médicaux ont été effectués.

#### TITRE V

##### DISPOSITIONS FINALES

#### Article 23

##### Entrée en vigueur

Le présent Arrangement entre en vigueur à la même date que la Convention.

FAIT A Vienne le 10 Décembre 1990, en deux exemplaires originaux faisant également foi, chaque exemplaire étant rédigé en langues allemande, arabe et française. En cas de divergence d'interprétation entre les textes allemand et arabe, le texte français prévaut.

Pour le Ministre fédéral du Travail et des Affaires Sociales:

**Dr. Schuh c. h.**

Pour le Ministre fédéral de l'Environnement, de la Jeunesse et de la Famille:

**Dr. Wohlmann c. h.**

Pour le Ministre des Affaires Sociales:

**Blel c. h.**

Die Vereinbarung tritt gemäß ihrem Art. 23 mit 1. März 1991 in Kraft.

**Vranitzky**